



Unsere Themen

- Der VLB zu Pisa
- Expertenrunde der Hanns-Seidel-Stiftung zu PISA
- VLB-Klausurtagung mit dem bayerischen Ausbilderverband
- Das Bildungssystem der Schweiz
- Arbeitskreis „Lehrergesundheit“ ins Leben gerufen
- Min. Dirig. Pascher geht in den Ruhestand: ein Interview
- Spitzengespräch zum Thema „Anwärtersonderzuschläge“
- Modellversuch AQUA: Innovative Lehrerbildung
- 6. VLB-Berufsbildungskongress: Informatives über Passau



Studienfahrt des VLB in die Schweiz



HERAUSGEBER

Verband der Lehrer an
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)
VLB Verlag e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: (089) 59 52 70
Telefax: (089) 5 50 44 43
Internet: <http://www.vlb-bayern.de>
e-mail: info@vlb-bayern.de

REDAKTION

Peter Thiel
Am Happach 40, 97218 Gerbrunn
Telefon: (09 31) 70 76 91
Telefax: (09 31) 70 76 91
e-mail: p.thiel@freenet.de
Martin Ruf
Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg
Telefon: (09 31) 66 14 15
Telefax: (09 31) 6 60 72 91
e-mail: ruf@vlb-bayern.de

ANZEIGENVERWALTUNG

Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: (089) 59 52 70
Telefax: (089) 5 50 44 43

GESTALTUNG

Gunter Czerny
Im Graben 6, 97204 Höchberg
Telefon: (09 31) 4 52 09 90
Telefax: (09 31) 4 52 75 98
e-mail: gunter.czerny@t-online.de

DRUCK

Helmut Preußler-Verlag
Dagmarstraße 8, 90482 Nürnberg
Telefon: (09 11) 9 54 78 -0
Telefax: (09 11) 5 42 24 86

ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS

„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich
Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind
urheberrechtlich geschützt.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung der Redaktion.

MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung
durch die Redaktion als angenommen.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte
übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
decken sich nicht unbedingt mit der
Meinung der Redaktion.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumen-
tationsdienst der Ständigen Konferenz der
Kultusminister der Länder, im Dokumen-
tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK
und im Dokumentationsring DOPAED
bibliographisch nachgewiesen.

REDAKTIONSSCHLUSS

für Heft 11: 2002-10-07
für Heft 12: 2002-11-04
für Heft 01: 2002-12-02

ISSN 0942 – 6930

ZHALT:

THEMEN DES TAGES

- 3 Der VLB zur Pisa-Studie

BILDUNGSPOLITIK

- 4 Alexander Liebel: Mit dem Dualpartner im Gespräch
6 Peter Thiel: Schule in höchstmöglicher Selbstverantwortung
10 Dietmar Leischner: Das Bildungssystem der Schweiz
12 Peter Thiel: Expertenrunde der Hanns-Seidel-Stiftung zur Pisa-Studie
14 abl-Pressemitteilung zur Pisa-Studie
15 dpa-Meldungen
15 Arbeitskreis „Lehrergesundheit“ ins Leben gerufen
16 Hermann Sauerwein: Interview mit Min. Dirg. Herbert Pascher
18 Aus dem Landtag: Anfragen, Anträge, Beschlüsse
20 Spitzengespräch über die Anwärtersonderzuschläge

DIENSTRECHT

- 21 Stoiber verunsichert Beamte und Pensionäre in Bayern

LEHRERBILDUNG

- 22 Hiener/Müller/Riedl: Der Modellversuch AQUA

6. VLB-BERUFSBILDUGSKONGRESS

- 24 Heinz-Jürgen Botzlar: Die Staatliche Wirtschaftsschule Passau
25 Ernst Weber: Die Staatliche Berufsschule 2, Passau
26 Sehenswürdigkeiten der Kongressstadt

VLB-ONLINE

- 27 Margit Hofgärtner: Digitale Arbeitsblätter selbst gemacht
28 Johannes Münch: Spam-Attacke auf VLB

AUS DEM VERBANDSLEBEN

Landesverband

- 28 Martin Ruf: ALP-Direktor Sachsenröder bei Hauptvorstandssitzung

Bezirks- und Kreisverbände

- 29 KV Oberpfalz-Nord; KV Augsburg

Referate und Fachgruppen

- 31 Wirtschaftsschule: Zeller, Bernhard: WS Eggenfelden vor dem Aus?
32 FOS/BOS: Bosch, Hans-Jörg: Schülerzuwachs und Personalengpass

Studenten

- 33 Christian Schober: Studenten entwickeln Ideen zur Lehrerausbildung

Senioren

- 34 Berthold Schulter: Altersteilzeit – Staatsregierung rudert zurück

Personalien

- 36 Dr. Walter Demmel im Ruhestand

Termine

- 37 Deutscher Lehrerbildungskongress

FÜR SIE PERSÖNLICH

- 37 DBB-Vorsorgewerk ist gestartet

LETZTE SEITE

- 40 Ergebnisse der innerdeutschen PISA-Studie

Titelfotos P. Thiel: Zu Besuch in den beruflichen Schulen St. Gallen und Zug. Schweizer Plakat zur Berufs-Matura.

Beilagenhinweis: Bitte beachten Sie den Beilagenhinweis der Computer-Zeitschrift „Computer easy“. Mit „Computer easy“ beabsichtigt der VLB künftig zusammen zu arbeiten. Näheres dazu in Heft 10.

Der VLB zur PISA-Studie:

Die beruflichen Schulen – Feuerwehr im Bildungsnotstand?

Auch wenn Bayern bei der PISA-Studie Spitzenreiter ist, zur Verbesserung der Bildungsstrukturen bleibt vielfacher Handlungsbedarf. Dies gilt auch im Hinblick auf die beruflichen Schulen, die von der Heterogenität der Schülerschaft ganz besonders betroffen sind. Während im Rahmen des fachlichen Lernens Beruf und Praxis eine Art Klammer bilden, kommt die Heterogenität bei der Erfüllung des allgemeinbildenden Auftrags voll zum Tragen.

PISA belegt u.a., dass es in Deutschland unter den getesteten Schülerinnen und Schülern über alle Ländergrenzen hinweg eine überproportional große „Risikogruppe“ gibt. Die Jugendlichen, die in diese Gruppe fallen, erreichten bei der Studie gerade mal die Kompetenzstufe 1 oder lagen darunter. Viele dieser Jugendlichen sind nicht ausbildungsfähig, haben im Hinblick auf einen Berufsabschluss nur begrenzt Erfolgsaussichten und bringen kaum Voraussetzungen für den Besuch weiterführender beruflicher Schulen mit. Sie werden aber die beruflichen Schulen durchlaufen. Diese müssen sich - ihrem gesellschaftlichen Auftrag gemäß - nicht nur darum bemühen die Jugendlichen für die Arbeitswelt fit zu machen. Sie müssen ihnen auch Werte vermitteln und ein Rüstzeug mitgeben, welches dem Abrutschen ins soziale Abseits vorbeugt. Eine schwere Aufgabe für die beruflichen Schulen, der sie mit ihren jetzigen Möglichkeiten kaum gewachsen sein dürften. Der VLB sieht nur dann eine Chance diesem Anliegen gerecht zu werden, wenn eine Reihe von Bedingungen erfüllt sind:

- Es muss genügend Lehrpersonal zur Verfügung stehen, damit die Risikoschüler in kleinen Klassen und mit möglichst viel Zuwendung beschult werden können.

- Vielfach ist sozialpädagogische und psychologische Betreuung unverzichtbar. Dazu bedarf es entsprechender Stellen und Fachkräfte.
- Die Schulen müssen die Möglichkeit zu stärkerer Unterrichtsdifferenzierung erhalten, um schülergerechter arbeiten zu können. Dazu gehört auch ein entsprechendes Angebot an Förderunterricht, u.a. zur Verbesserung der Sprachkompetenz bei Migranten.
- Bei der Erarbeitung entsprechender methodisch-didaktischer und psychologischer Konzeptionen sind die beruflichen Schulen auf fachgerechte Hilfestellung von außen angewiesen.
- Unumgänglich ist es auch, die Lehrkräfte für den Umgang mit den „Risikoschülern“ „aufzurüsten“. Es wäre geradezu unverantwortlich, sie unvorbereitet mit einer solchen Aufgabe zu konfrontieren. Ein noch massiveres Auftreten des Burn-out-Syndroms, verbunden mit gesundheitlichen Schäden wäre die Folge.
- Um zu dieser gesamtgesellschaftlichen Problemlage einen effektiven Beitrag leisten zu können, benötigen die beruflichen Schulen mehr Selbstständigkeit und Selbstverantwortlichkeit.

Der VLB ist sich bewusst, dass diese Forderungen haushaltpolitisch nicht mit einem Federstrich zu erfüllen sind. Er weist aber darauf hin, dass sich die Kosten, die die Allgemeinheit für die durch die PISA-Studie definierte Problemgruppe aufbringen muss, in späteren Jahren exponentiell erhöhen würden.

Die pädagogische Betreuung der Risiko-Jugendlichen durch die beruflichen Schulen allein ist freilich nur begrenzt möglich. Andere Erzie-

hungsinstitutionen müssen an dieser Aufgabe mitwirken. Bei der beruflichen Erstausbildung beispielsweise richtet sich der aus dem Berufsbildungsgesetz resultierende Erziehungs- und Bildungsauftrag an beide Dualpartner und nicht an die Schule allein. Industrie, Handwerk und Kammern sollten sich diese gesellschaftlich-pädagogische Aufgabe noch bewusster machen als bisher. Generell gilt es auch, den Einfluss der Eltern zu stärken und den Schülerinnen und Schülern mehr Partizipation bei der Gestaltung von Schulleben und Unterricht zu ermöglichen.

Das Engagement als „Feuerwehr im Bildungsnotstand“ kann für die beruflichen Schulen freilich kein Dauerzustand sein. Immerhin geht es ihnen primär um die Bildung und Ausbildung hochqualifizierter Fachkräfte, für eine immer anspruchsvoller werdende Arbeitswelt und somit auch um die Sicherung des Wirtschaftsstandorts.

Die Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen appellieren deshalb an ihre Vorläuferschulen alles zu tun, um die künftigen Berufsanfänger sinnvoll an die Arbeitswelt heranzuführen. Denjenigen, welche die berufliche Oberstufenschulen besuchen, muss deren Leistungsorientiertheit nahe gebracht und der Ernst der Lage klar gemacht werden. Darüber hinaus genügt es nicht, die Absolventen allein mit den bei PISA vermissten kognitiven Fähigkeiten und Kenntnissen auszustatten. Die Vorläuferschulen müssen auch weitere Kompetenzen, z.B. soziale, moralische oder kommunikative vermitteln, die zum Hineinwachsen ins Berufsleben unerlässlich sind und die nicht erst an den beruflichen Schulen erworben werden können. Dort nämlich ist der junge Mensch bereits relativ stark geformt und nicht mehr so ohne weiteres veränderbar.

Im Übrigen warnt der VLB vor gegenseitigen Schuldzuweisungen und Aufrechnungen und ruft alle Schularten zu konstruktiver Zusammenarbeit auf.



Klausurtagung von VLB und Berufsausbilder-Verband in Schloß Banz:

Mit dem Dualpartner im Gespräch



ALEXANDER LIEBEL

In ihrer Begrüßung betonten bei der Klausurtagung der beiden Verbände am 28./29.Juni in Schloss Banz die Vorsitzenden Manfred Thieme und Hermann Sauerwein die hohe Bedeutung einer regelmäßigen Diskussion zwischen Ausbildern und Lehrkräften an beruflichen Schulen. Mit freundlicher Unterstützung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen traf man sich im schönen Frankenland. Das Bildungszentrum Kloster Banz bot hervorragende äußere Bedingungen für eine Klausurtagung auf hohem Niveau, in der wesentliche Themen der beruflichen Bildung offen und konstruktiv diskutiert wurden.

Im Focus der Tagung standen die Themen „Kompetenzzentren“ und „Berufsabschlussprüfungen“.

Kompetenzzentren – eine Chance für die berufliche Bildung in den Regionen

In der Anmoderation formuliert Hermann Sauerwein nochmals die Positionen des VLB. „Nicht die Quantität, sondern die vertikale Sicht der Dinge ist wichtig, wir wollen keine Kinderlandverschickung, wir müssen die Affinitäten beachten zwischen Ausbildungsberuf, FOS/BOS und Weiterbildung“, mit

diesen Worten brachte der Vorsitzende die Position des VLB auf den Punkt.

Dr. Jürgen Selzam, Ltd. RegSchD. in Oberfranken, gliederte sein engagiert vorgetragenes Referat in die Gesichtspunkte „Begriff der Region“ und „keine Gewinner und Verlierer“.

Region Oberfranken

Ausgangspunkt der Überlegungen zur Bildung von Kompetenzzentren in Oberfranken sei die Tatsache, dass sich seit 1985 die Zahl der Schüler in manchen Berufen zwischen 25% und 40% reduziert hat. „Damit sind die Berufsschulen nicht mehr auf Landkreisebene zu strukturieren“, so Dr. Selzam.

Es werden folgende vier Regionen gebildet.: Bamberg/Forchheim, Coburg/Kronach/Lichtenfels, Bayreuth/Kulmbach und Hof/Wunsiedel. „Bewährtes soll nicht auseinandergerissen werden“, darauf legt Dr. Selzam großen Wert, ebenso betonte er den Zusammenhang zwischen „Wirtschaftsraum und Bildungsraum“. Es dürfen dabei keine punktuellen Entscheidungen fallen, sondern es müssen „Paketlösungen im Konsens“ gefunden werden. Ein adäquates Mittel dafür seien eventuell die Gründungen von Zweckverbänden zur Realisierung von gemeinsamen Investitionen.

Keine Gewinner und keine Verlierer

Als zweiten wesentlichen Gesichtspunkt stellte Dr. Selzam heraus, dass es bei der Bildung von Kompetenzzentren „keine Gewinner und keine Verlierer geben darf“. Nach seiner Erfahrung „sinkt die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe, wenn die zuständige Berufsschule nicht in vernünftiger

Nähe liegt“. Die Berufsschulen dürfen sich – allein schon aus diesem Grund – nicht vom dualen Partner abkoppeln.

Mehrmals betonte Dr. Selzam sein Bestreben, mit allen Beteiligten konsensfähige Lösungen zu finden. Auf die Frage, was denn geschehe, wenn man keinen Konsens fände, antwortete Dr. Selzam: „Dann wird dies über das BayEUG geregelt.“

Bunte Vielfalt in Bayern

In der Diskussion wurde sehr schnell klar, dass in den einzelnen Regierungsbezirken sehr unterschiedlich mit dem Thema Kompetenzzentren umgegangen wird. Sowohl Ausbilder als auch unsere eigenen Kolleginnen und Kollegen haben zahlreiche Beispiele dafür gebracht. Wenn die vor Ort geäußerten Meinungen – die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung kamen aus allen Landesteilen – einigermaßen repräsentativ sind für den Freistaat, dann droht noch großer Ärger.

Nicht nur unsere Kolleginnen und Kollegen formulierten ihre Kritik, sondern auch die Vertreter der Wirtschaft. „Wir fahren die Ausbildung auf Null, wenn die Schüler zu weit fahren müssen“, „... dann werden Ausbildungsberufe eben umgeschrieben“, „... schnell, spontan und direkt wird gehandelt, wenn unsere Vorstellungen nicht erfüllt werden“ waren typische Äußerungen der Ausbilder zu diesem Thema. Es wurde im Laufe der Diskussion sehr deutlich, welche Brisanz in diesem Thema steckt. Wenn kein Porzellan zerbrechen soll, müssen die Entscheidungen mit großer Sensibilität gefällt werden.

„Neue Prüfungen braucht das Land“

So lautet der Titel einer VLB-Podiumsdiskussion im Dezember 2002 auf dem Kongress „Berufsbildung 2002“ in Nürnberg.

Günther Schuster, Kollege im Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung in München hat mit seinen beiden – sehr

kompetent vorgetragenen – Impulsreferaten „Berufsabschlussprüfungen“ und „Gestreckte Abschlussprüfungen“ dafür hervorragende Vorarbeit geleistet.

Weiterentwicklung der Lehrplanmodelle

Ausgangspunkt seiner Referate war die Entwicklung der Lehrplanmodelle, bei denen sich im Laufe der Jahre ein grundlegender Wandel vollzogen hat. Ursprünglich wurden in den Lehrplänen eine große Anzahl von standardisierten Lernzielen formuliert, jeweils verknüpft mit sehr konkreten Inhalten.

Moderne Lehrplanmodelle orientieren sich an wenigen Lernfeldern mit hohem Zeitumfang und sehr abstrakt formulierten Lerninhalten. Dies bringt Vorteile, hinsichtlich der Fähigkeit auf Innovationen reagieren zu können und auch hinsichtlich der Möglichkeit, regionale Schwerpunkte zu setzen.

Knackpunkt Prüfungen

Die zweifellos vorhandenen positiven Entwicklungen ziehen aber auch eine Reihe von Problemen nach sich, wie in der Diskussion herausgearbeitet wurde. Wie lassen sich insbesondere einheitliche Prüfungen vereinbaren mit offenen, regional differenzierten Lehrplaninhalten? Diskutiert wurden als denkbare Lösungsansätze sogenannte „wahlweise Prüfungsfragen/Wahlmodule“. Da stellt sich dann natürlich sofort die Frage, wer erstellt diesen Prüfungsteil und wie wird die Vergleichbarkeit der Prüfung gewährleistet. PISA hat ja bekanntlich eine verstärkte Zentralität der Prüfungen in den bildungspolitischen Vordergrund geschoben.

„Kollegen im Laufrad“

Alle Klausurteilnehmer waren sich einig: „Die Art der Prüfungen geht an die Schmerzgrenze der Organisierbarkeit und Wirtschaftlichkeit.“ Wolfgang Lambl, Vorsitzender des BV Unterfranken, brachte es auf den Punkt, als er for-

mulierte: „Die Kollegen und Kolleginnen kommen sich vor wie in einem Laufrad.“

Dabei sind Ausbilder und Lehrkräfte im gleichen Boot, die Probleme unterscheiden sich marginal. Es besteht für alle das kaum noch zu lösende Problem, einerseits bei den – sich zeitlich immer stärker ausdehnenden – Prüfungen präsent zu sein und andererseits die laufenden Verpflichtungen in der Ausbildung/Schule nicht zu vernachlässigen.

Abschlussprüfungen: „Gestreckt“ oder „gedehnt“?

Klar sind die Ziele: Durch eine Veränderung der „Zwischenprüfung“ sowie der Abschlussprüfung soll für die Auszubildenden einerseits die Motivation gesteigert werden, andererseits will man die Prüfungssituation entzerren, also den Stichtags-Charakter abmildern.

Ging man in den letzten Monaten von einer „gestreckten“ Prüfung aus, so ist dieser Begriff bereits veraltet. Es gab auf Bundesebene zwischen den Sozialpartnern und der KMK keine Einigung. Angedacht ist jetzt eine sogenannte „gedehnte“ Prüfung, wie im Bereich Chemie. Es wird derzeit ein Konzept erarbeitet, Details sind noch nicht bekannt. Klar scheint zu sein, dass die Zwischenprüfung in derzeitiger Form abgeschafft wird. Wahrscheinlich wird es einen Prüfungsteil I nach dem 2. Ausbildungsjahr geben und einen Prüfungsteil II nach dem 3. Ausbildungsjahr, gleichzeitig werden sich die Prüfungstermine für den schriftlichen Teil der Prüfungen deutlich nach vorne verschieben (bei der Sommerprüfung z.B. von Mai in den März hinein). Für die IT-Berufe liegt darüber hinaus ein Vorschlag auf dem Tisch, die Noten der Berufsschule in das Prüfungsergebnis zu integrieren.

Fakt ist, dass im Juli 2002 noch nicht eindeutig geregelt ist, wie die künftigen Abschlussprüfungen im neu-geordneten Ausbildungsberuf Industriekaufmann/-kauffrau gestaltet sein werden. Berücksichtigt

man die – in manchen Bundesländern bereits angebrochene – Sommerpause, können nur sehr kühne Optimisten davon ausgehen, im September ein klar geordnetes und ein von allen Beteiligten abgesegnetes Verfahren für die Abschlussprüfungen auf dem Tisch liegen zu haben.

Tagesordnungspunkte: Sonstiges / Themen des Tages

Unter diesem Tagesordnungspunkt standen insbesondere die Themen „Prüfungsleistungen“ und „Qualifizierung der Prüfer“ im Vordergrund.

Es wurde deutlich, dass viele Verbände fordern, die betrieblichen und schulischen Leistungen in ein – wie auch immer gestaltetes – Abschlusszeugnis einzubinden. Es liegt offenbar nicht am guten Willen der Beteiligten, sondern primär an schwierigen juristischen Verhältnissen, dargestellt im Berufsbildungsgesetz.

Darüber hinaus war man sich einig, dass durch die Neuordnung der Berufsabschlussprüfungen ein dringender Qualifizierungsbedarf der Prüfer/innen entstanden ist.

Erfolgreiche Tagung

Manfred Thieme für den BAV und Klemens Brosig für den VLB konnten in ihren Schlussworten jeweils ein positives Fazit ziehen.

Nicht nur im Rahmen der offiziellen Tagesordnung, sondern auch in den Pausen und am Abend wurden zahlreiche intensive Gespräche geführt. Gemeinsame Positionen wurden herausgearbeitet, unterschiedliche Meinungen offen und stets sachbezogen diskutiert. Kloster Banz war eine Reise wert.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich einig, dass der kooperative Meinungs-austausch zwischen den dualen Partnern auch künftig weiterhin gepflegt werden soll. Vielleicht gelingt es auch in Zukunft – vergleichbar den gemeinsamen Initiativen beim Kobas-Modellversuch – neue Wege im Rahmen einer dual-kooperativen Partnerschaft zu gehen. 

Studienfahrt des VLB-Bildungswerkes in die Schweiz:

Schule in höchstmöglicher Selbstverantwortung

PETER THIEL

Der Veränderungsbedarf ist groß an den Schulen im Lande. Erneut hat PISA - diesmal in Form des Ländervergleichs - die Bildung in den Mittelpunkt öffentlicher Aufmerksamkeit gerückt. Aktuell darüber hinaus auch Fragen wie diese: Was können Lehrer angesichts großer Klassen mit zunehmend hypermobilen, konzentrationsschwachen Schülern noch leisten? Wie lange halten sie durch? Speziell an den beruflichen Schulen drückt ein gravierender Nachwuchsmangel, verbunden mit dem immer dringenderen Fortbildungsbedarf das Stimmsbarometer nach unten.

Dagegen stehen nicht gerade zimperliche Forderungen an die Schule: Über das herkömmliche Kognitive hinaus ist sie aufgerufen zu erziehen, Werte zu vermitteln und Kompetenzen, wie man heute sagt. Fürs Leben in der Informations- und Dienstleistungsgesellschaft vorbereiten soll sie oder was es sonst noch gibt an Bildungsbedarf für das 21. Jahrhundert.

Deutschland in der Bildungspolitik an der Wendemarke? Ohne Zweifel. Doch wo den Hebel ansetzen? Keine leichte Frage. „Schaun wir mal“, sagen die Verantwortlichen im VLB. „Schaun wir mal, wie's die anderen machen“. Die anderen, das waren in den letzten Jahren die Dänen und die Franzosen und jüngst die Schweizer.

„Berufliche Bildung – ein ganz besonderes Markenzeichen“

Die Reisegruppe: Gut zwei Dutzend Teilnehmer, in erster Linie Schulleiter aber auch Personalvertreter sowie Vertreter des Ministeriums und der Schulaufsicht.

Um es gleich vorweg zu sagen, die Eindrücke waren besonders nach-

haltig. Immerhin ist die eidgenössische Berufsbildung der deutschen ähnlich und es wurde deutlich, inwieweit das duale System optimierbar ist.

Die berufliche Bildung und ihre Schulen genießen in der schweizerischen Öffentlichkeit hohen Respekt. „Berufliche Bildung gilt hier zu Lande als besonderes Markenzeichen“, sagte Peter Ganz, der Leiter der gewerblichen Berufsschule St. Gallen, welche im Ruf steht die größte berufliche Bildungseinrichtung in der Ostschweiz zu sein. Man spricht bei den Eidgenossen vom dualen System, wobei man mit dem dritten Lernort einen Einführungskurs meint, der rechtlich gesehen der überbetrieblichen Ausbildung entspricht, zwei bis vier Wochen dauert und vom jeweiligen Berufsverband finanziert wird. Die Lehrzeit ist je nach Beruf drei- oder vierjährig und der Berufsschulbesuch bei einer zumeist äußerst günstigen Schüler-Lehrer-Relation ein- bis zweitägig.

Die Berufsschule ist ausschließlich für die Vermittlung der Berufstheorie zuständig. Dies bedeutet, dass den schulischen Labor- und Werkstatteinrichtungen – obwohl vorhanden und mitunter sehr großzügig ausgestattet – nicht der gleiche Stellenwert zukommt wie in Bayern. Man setzt in hohem Maße auf Lernortkooperation. Unter dem Postulat „Kompetenzförderung“ hat der allgemeinbildende Unterricht – auch der Schulsport übrigens – einen hohen Stellenwert. Integriert in die Ausbildung ist die sog. Berufsmaturität, eine Vorbereitung zum Abitur, die vielfach von jungen Leuten auch ohne Studienabsicht genutzt wird und die ebenfalls hohe Anerkennung im Lande genießt. Und noch eines bedarf besonderer Erwähnung: in der Schweiz gibt es so gut wie keine Jugendarbeitslosigkeit. „Alle sind untergebracht und

finden ihren Platz, sowohl im Berufsbildungssystem als auch auf dem Arbeitsmarkt“, wie Schulleiter Ganz sagte.

St.Gallen und der Zwergkanton Zug

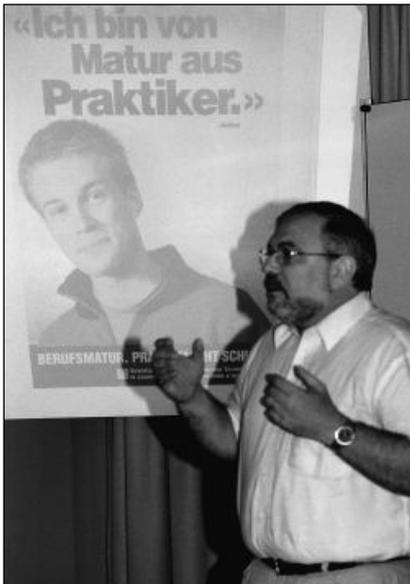
Die Schweiz und ihr Föderalismus: Jeder der Vollkantone reklamiert seine Eigenständigkeit - auch in der beruflichen Bildung. Gemeinsame Klammer ist ein Berufsbildungsgesetz des Bundes, das sich zur Zeit in der Novellierung befindet.

Wohin sich also wenden, wenn man Authentisches über die eidgenössische Berufsbildung erfahren möchte? Der VLB entschied sich für die Kantone St. Gallen und Zug.

An der Gewerblichen Berufsschule St. Gallen, die zuerst im Programm stand, lagen die Themenschwerpunkte bei Berufsmatura und Qualitätsmanagement.

Über die Berufsmatura

Berufsmaturität - das bedeutet Doppelqualifikation, Berufsausbildung mit Abitur also. Eingeführt wurde sie 1993 als Reaktion auf die Entwicklung in Europa und im Zusammenhang mit der Gleichwertigkeitsdebatte. Sie existiert in zwei Versionen, integrativ und additiv, wie die Fachleute sagen. Bei der integrativen Form ist die Abiturvorbereitung von Anfang an in das fünfjährige Berufsschulkonzept eingebaut. Bei der additiven Version wird die Abiturvorbereitung nach dem ersten Jahr der Ausbildung „draufgesetzt“. Erworben werden kann die Berufsmatura in verschiedenen Fachrichtungen, so u.a. im Zusammenhang mit der Ausbildung in technischen, kaufmännischen, gestalterischen, landwirtschaftlichen oder gesundheitlich-sozialen Berufen. Die Entscheidung über die Zulassung eines Schülers zur Berufsmaturität liegt bei der Schule. Als Konsequenz ergibt sich eine Woche mit drei Tagen betrieblicher Präsenz und zwei Tagen Schulbesuch. „Die Ausbildungsbetriebe haben nicht in allen Fällen Freude daran“, kommentierte Dr. Martin Bachmann,



Dr. Martin Bachmann, in der St. Gallener Berufsschule zuständig für die Berufsmatura.

der an der St. Gallener Schule für die Berufsmaturität zuständig ist und der die Besucher in die Besonderheiten dieses Bildungsganges einwies.

Die Berufsmaturität eröffnet den Zugang zu Fachhochschule und Universität, sowie zu den Lehrerbildungsanstalten. Wie stark in der Schweiz auf Erfahrungen aus der Arbeitswelt Wert gelegt wird, beweist die Tatsache, dass gymnasialen Abiturienten ein einjähriges Praktikum abverlangt wird, wenn sie an einer der 60 Schweizer Fachhochschulen studieren wollen.



„Qualitätsmanagement kann einem Kollegium nicht einfach übergestülpt werden“. Urs Gübler.

„Qualitätsmanagement lebt auch von Visionen“

„Qualitätsmanagement kann einem Kollegium nicht einfach übergestülpt werden“, sagte Urs Gübler, der sich an der St. Gallener Schule mit diesem Thema befasst. „Die Impulse müssen von unten kommen, die Veränderungen gewollt sein“, so sein Credo auf Grund langjähriger Erfahrungen. Gemessen werden beim Qualitätsmanagement eigentlich nur die Voraussetzungen, „verbunden mit der Hoffnung, dass das Ergebnis dann stimmt“. Die eigentliche Bildungsleistung der Schule sei – mit Ausnahme der kognitiven Fakten – nur sehr schwer zu erfassen.

Wie beispielsweise sollen Fortschritte in der Sprach- oder Sozialkompetenz erfaßt und vor allem bewertet werden? Die Einführung eines Qualitätsmanagement-Systems – hier ISO 9001 – und die Erstellung eines aussagefähigen Schulprofils seien zwar langwierige, aber gleichzeitig sehr bewußtseinsbildende Prozesse. Insbesondere Führungsfragen lösen intensive Diskussionen aus. „In diesem Bereich bemühen wir uns ganz besonders um Konsens“, sagte Gübler und faßte zusammen: „Qualitätsmanagement ist nicht nur ein nüchternes Geschäft, es lebt auch von Visionen.“

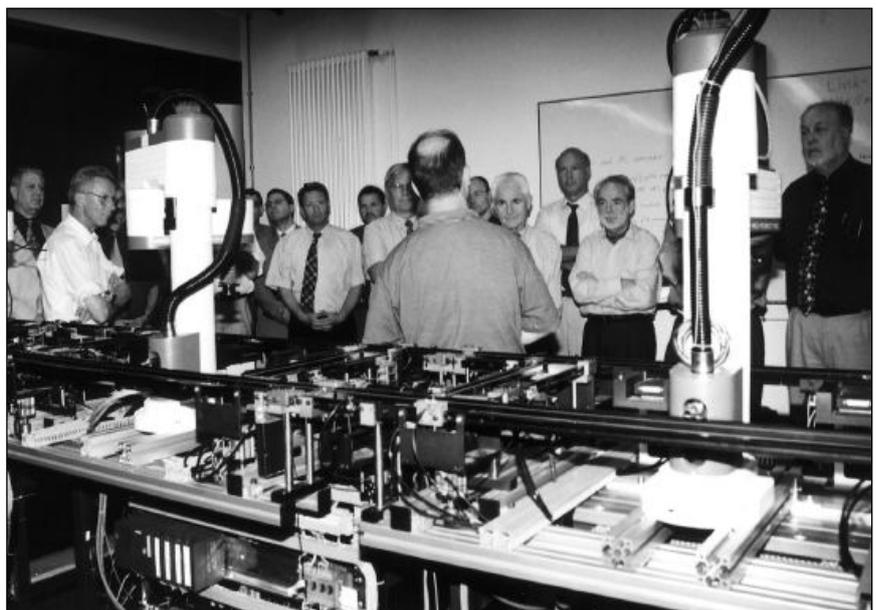


Für die meisten der Reiseteilnehmer ein „alter Bekannter“: Prof. Dr. Dieter Euler, früherer Universität Nürnberg-Erlangen, jetzt Universität St. Gallen.

Doch der Alltag holt einen immer wieder ein und läßt einfach zu wenig Raum für Visionäres“.

Enge Verknüpfung von Lehre und Praxis

In St. Gallen gab es für etliche der Reiseteilnehmer ein Wiedersehen mit Prof. Dr. Dieter Euler. Als Nachfolger von Prof. Dr. Rolf Dubs – in VLB-Kreisen bestens bekannt – leitet Euler heute das Institut für Wirtschaftspädagogik an der Universität St. Gallen. Diese Einrichtung ist weitestgehend autonom und arbeitet wie ein Wirtschaftsunternehmen. Dadurch ergibt sich eine starke Verknüpfung von Lehre und Praxis, „die den künftigen



In der Berufsschule St. Gallen: Automatik-Fließstrecke.

Wirtschaftspädagogen gut bekommt“.

Das Profil des Instituts ist in erster Linie bestimmt von der Ausbildung der Wirtschaftspädagogen, darüber hinaus aber auch

- durch die Erstellung von Konzepten zum mediengestützten Selbststudium,
- von der Lehrer-Weiterbildung,
- der Berufsbildungsforschung,
- durch Konzepte zum Qualitätsmanagement und der Schulentwicklung,
- durch Weiterbildungsveranstaltungen für Personen der Schulleitungen,
- durch Entwicklungsarbeiten für betriebliche und schulische Berufsbildung,
- durch Externe Evaluationsaufträge,
- sowie durch diverse Auslandsaktivitäten.

Euler stellte das St. Gallener Reformkonzept zur Lehrerbildung vor und löste damit bei den bayerischen Gästen ein hohes Maß an Betroffenheit und eine intensive Diskussion aus. Es verdient eine detaillierte Betrachtung. Wir werden es deshalb einer der folgenden Ausgaben von „VLB-akzente“ darstellen.

„Eine offizielle Schulleiteraus- bildung gibt es nicht“

Mit dem Thema „Weiterbildung für Schulleiter“, setzte sich Prof. Dr. Hans Seitz - ebenfalls vom Institut für Wirtschaftspädagogik - auseinander. „Die Schulleiteraus- und -weiterbildung ist hier zu Lande stark von Prof. Dubs geprägt“, sagte der Referent. Dieser habe bereits in den 80-er Jahren mit einem entsprechenden Konzept begonnen. Heute besteht ein sehr stark von der Schulpraxis bestimmter 24-Tage-Lehrgang, schwerpunktmäßig für Leitungspersonal an kaufmännischen beruflichen Schulen und an Gymnasien. „Eine offizielle Schulleiteraus- und -weiterbildung gibt es in der Schweiz nach wie vor nicht“, sagte Seitz. Eine solche aber besteht auch in der Bundesrepublik nicht. Oder noch nicht? Wir alle



„Als erste Schule ihrer Art in der Schweiz ist das GIBZ dreifach zertifiziert“: Schulleiter Ernst Hügli.

wissen um den Handlungsbedarf in dieser Frage.

„... auf den Geist kommt es an“

Von St. Gallen in den Kanton Zug, den kleinsten unter den 26 eidgenössischen Teilstaaten, über den der Historiker Johannes von Müller in einem Essay schrieb: „Überhaupt ist nicht groß oder klein, was auf der Landkarte so scheint, auf den Geist kommt es an“. In welcher Weise dies auf den Zwergkanton mit seinen insgesamt nur 100 000 Einwohnern zutrifft, offenbarte sich sehr deut-

lich an dessen Gewerblich-Industriellem Bildungszentrum (GIBZ). In dem hochmodernen, in jeder Hinsicht von der IT-Technik geprägten Kompetenzzentrum wurden die Gäste aus dem Freistaat gleich von einem ganzen Referententeam betreut. Wohltuend dabei nicht nur die trennscharfe Behandlung der Einzelthemen, sondern auch ein geradezu minutiöses Timing.

„Vermehrt auf Grundberufe setzen“

Dr. Jean-Etienne Berset, Leiter der Abteilung „Strategisches Controlling“ beim Bundesamt für Berufsbildung und Technologie, gab einen Überblick über das Schweizer System der Berufsbildung. Im Interesse der Mobilität setze man vermehrt auf Grundberufe und vermeide zu viel an Spezialisierung. In Zug gehöre die berufliche Bildung im Gegensatz zu anderen Kantonen in das Wirtschaftsressort, was sich für die Schule in jeder Hinsicht als vorteilhaft erweise.

„Vernünftige Klassenstärken“

1600 Schülerinnen und Schüler in 125 Klassen (man greife bitte zum Rechner und ermittle die durchschnittliche Klassenstärke!), 170 Lehrkräfte, 8 hausinterne Lehrlinge



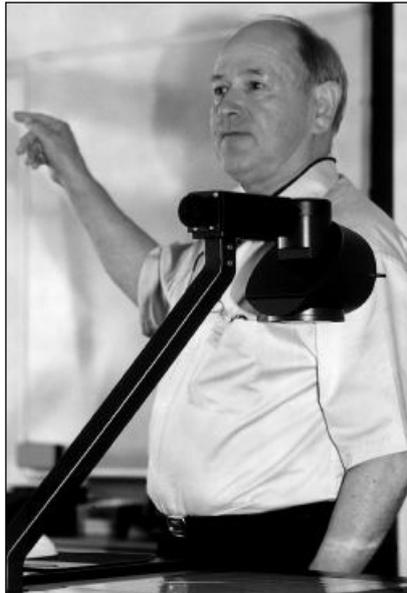
Die bayerische Reisegruppe im Gewerblich-Industriellen-Berufsbildungszentrum, Zug. Es ist Nachmittag und der Informationsbedarf bereits (fast) gedeckt.

(IT-ler und Köche), 23 Berufe des Bau-, Dienstleistungs, IT-, Elektronik-, Mechatronik- und KFZ-Bereichs einschließlich der Maturität und rund 750 Teilnehmer an Maßnahmen der Erwachsenenbildung; das sind die formalen Daten zum GIBZ, welche Schulleiter Ernst Hügli vorstellte. Als erste Einrichtung ihrer Art in der Schweiz ist die Schule dreifach ISO-zertifiziert.

80% der Schülerinnen und Schüler kommen aus Zug, der Rest aus anderen Kantonen. „Wir versuchen so zu konzentrieren, dass vernünftige Klassenstärken dabei herauskommen“, sagte Hügli. „Bestimmte Berufe geben wir deshalb ab“. Die vom Bundesamt für Berufsbildung vorgeschriebenen Klassenstärken bewegen sich zwischen 10 und 24. Über drei kantonale berufliche Schulen verfügt Zug derzeit. Neben dem GIBZ gibt es noch ein Zentrum für Wirtschaft und eines für Landwirtschaft. Drei private Schulen des Gesundheitswesens sollen demnächst zu einem weiteren kantonalen Zentrum zusammengefasst werden.

Eine Vielfalt an Lehrertypen

Facettenreich ist das Spektrum an Lehrkräften an den beruflichen Schulen der Schweiz und hoch der Grad an Spezialisierung. „Es gibt Fach-Lehrpersonen, Lehrer für den allgemeinbildenden Unterricht, Handelslehrer, ferner Sprach-, Sport- und Maturalehrer“, erläuterte Rektor-Stellvertreter Hugo Nussbaumer. 25 Lektionen pro Woche müsse eine Lehrkraft im Hauptamt halten, nicht alle am GIBZ aber seien im Hauptamt. Die Fachlehrpersonen kommen als Meister oder Ingenieure zunächst „ohne pädagogische Weihen“ an die Schule, müssen dann aber, sofern sie nebenberuflich arbeiten, einen Didaktikkurs absolvieren. Die Hauptlehrpersonen werden am Schweizer Institut für Berufspädagogik in Zollikofen oder an der Uni Zürich ausgebildet. Zumindest für den fachlichen Bereich gilt: Das Lehramtsstudium geschieht nicht auf Vorrat; man steigt, aus der beruflichen Praxis kom-



„Jugendlichen und Erwachsenen angemessene persönliche und berufliche Perspektiven vermitteln“: Markus Knobel, leitet in Zug das Amt für Berufsbildung.

mend, je nach Bedarf in den Schuldienst ein, entscheidet dann über die Hauptberuflichkeit und lässt sich schließlich berufsbegleitend pädagogisch-didaktisch ausbilden.

„Viel Spielraum um auf die Bedürfnisse der Menschen einzugehen“

Die Berufsbildung sei das Rückgrat des Schweizer Bildungssystems, sagte Markus Knobel und unterstrich damit, was die bayerischen Gäste schon in St.Gallen erfahren hatten. Knobel ist Leiter des Amtes für Berufsbildung im Kanton Zug. Sein Job besteht u.a. darin, sich um die Ausbildungsbetriebe und deren Kompetenz zu kümmern.

Das Amt erteilt die Genehmigung zur Ausbildung. Es entscheidet aber auch über Aufnahme und Abgabe von Berufsschülern aus oder an andere Kantone. Alles in allem hat es für den Gesetzes-Vollzug im Bereich Grund-, Aus- und Weiterbildung zu sorgen, wozu auch das Prüfungswesen gehört. „Unsere Arbeit besteht darin, Jugendlichen und Erwachsenen angemessene persönliche und berufliche Perspektiven zu erschließen und damit gleichzeitig die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern“, umriss Knobel die Bedeu-

tung seines Amtes und betonte, dass es im Kanton viel Spielraum gebe, um auf die Bedürfnisse der Bevölkerung sowie der Wirtschaft reagieren zu können.

An einzelnen Modellen stellte Knobel dar, wie sein Amt initiativ wird, so z.B. beim Zuger Ausbildungs-Verbundmodell. 60 Firmen sind darin involviert; es ist nach Siemens der zweitgrößte Lehrstellenanbieter im Kanton. Dahinter steht ein Trägerverein, bestehend aus Schulen, Unternehmen, Verbänden, Behörden und Privatpersonen. Ähnliche Initiativen gebe es zur Betreuung Jugendlicher mit Teilleistungsschwierigkeiten, im Bereich Sport/Schulsport oder bei einem Innovationsnetzwerk, das die Zusammenarbeit von Schulen und Wirtschaftsunternehmen fördert und das auch sehr stark zu projektorientierter Arbeit bei der Ausbildung anregt.

Intensive Lernortkooperation

Auch die betriebliche Seite kam in Zug zu Wort: Walter Müller, Ausbildungsleiter bei Siemens betonte die intensive Zusammenarbeit mit der Schule und sagte zum Ziel der gemeinsamen Ausbildungsbestrebungen: Berufsleute wolle man heranbilden, die auf dem Arbeitsmarkt Zukunft haben und bereit sind als Menschen Verantwortung zu übernehmen.

Mit Nachdruck auf die „Karte Ausbildung“ gesetzt

Robert Bisig, Volkswirtschaftsdi- rektor des Kanton Zug (auf Länderebene in Deutschland entspricht das etwa dem Wirtschaftsminister) war sozusagen der Schlussmann des Tages: „Wir sind einer der weltweit bedeutendsten Handelsplätze und halten wirtschaftlich die Spitze unter Mitgliedern des eidgenössischen Bundes“.

Die Steuern seien am geringsten in Zug und das Volkseinkommen am höchsten, meinte der „Minister“. Mit Nachdruck habe der Kanton auf die „Karte Ausbildung“ gesetzt und damit gute Erfolge einge-



„Wir halten die Spitze unter den Mitgliedern des eidgenössischen Bundes: Robert Bisig, Volkswirtschaftsdirektor im Kanton Zug.“

fahren, denn „hochqualifiziertes Personal ist für uns der Standortfaktor schlechthin“.

Epilog

Es wäre übertrieben, diese viertägige Busreise als reines Vergnügen

zu bezeichnen. Zu dicht gedrängt war das Programm und zu intensiv die fachlichen Informationen, als dass noch Raum geblieben wäre für das, wofür der Name Schweiz auch steht: für Alpenländisch-Kulturelles und eine malerische Landschaft.

Gern sagt man den Schweizern einen gewissen Kantönlicheit nach, der seine Ursache angeblich in der den Horizont begrenzenden Enge der Bergtäler habe. Zumindest in Fragen der beruflichen Bildung erlebten wir das Gegenteil. Wir stellten bei den Verantwortlichen Weitblick, perspektivisches Denken und ein hohes Maß an Entscheidungsfreudigkeit fest.

Günstig wirkt sich dabei offensichtlich aus, dass die Zuständigkeit für die berufliche Bildung jeweils nur bei einem und nicht wie in Deutschland bei zwei Ministerien liegt (in Zug – wie gesagt – bei der Wirtschaftsverwaltung).

Die beiden Schulen in St.Gallen und Zug sind zwar ausgesprochene

Vorzeigeobjekte, doch die Teilnehmer der Reisegruppe waren allesamt „alte Hasen“ und hatten so manches an modernen Schulen schon gesehen. Die Bildungszentren und ihre Organisationsstrukturen allein konnten es also nicht gewesen sein, was sie so stark beeindruckte.

Was in besonderem Maße Eindruck hinterließ war die Art und Weise wie in St.Gallen und Zug „Schule gedacht wird“. Nicht als eine in hierarchische Strukturen eingebettete Institution wird sie gesehen, sondern als eine Einrichtung mit höchstmöglicher Selbstverantwortlichkeit und Selbstbestimmung. Das Amt beaufsichtigt nicht, es berät: die Schule entscheidet. Dementsprechend hoch ist der Grad der Identifikation bei den Lehrern, ein Geist, der sich dann sehr schnell auf die Schüler überträgt. Dieser Eindruck sollte bei den Reiseteilnehmern noch möglichst lange nachwirken und nicht ohne Konsequenzen bleiben. 

Das Bildungssystem der Schweiz

DIETMAR LEISCHNER

Die gut sieben Millionen Einwohner der Schweiz bieten große sprachliche und kulturelle Vielfalt. Es gibt vier Sprachgruppen: 65% sprechen deutsch, 18% sprechen französisch („romands“/„Welsch“), im Tessin sprechen ca. 10% italienisch und 0,8% sind Rätoromanen; weitere ca. 6% sprechen andere Sprachen. Trotz der kantonalen Vielfalt ist das Schweizer Bildungssystem von den Bildungsmöglichkeiten einheitlich strukturiert.

1. Schulpflicht und allgemeinbildende Schulen

Nach dem freiwilligen Besuch des Kindergartens bzw. der Vor-

schule beginnt die 8- bis 9-jährige Schulpflicht mit dem 6. Lebensjahr.

In der Primarschule (Volksschule) werden die Kinder sechs Jahre lang unterrichtet und erhalten je nach Kanton eine differenzierte Sprachbildung.

Die Schulpflicht wird fortgesetzt in der zwei- und dreijährigen Sekundarschule oder Realschule; daneben gibt es auch einen gymnasialen Zweig. Die Schulen der Sekundarstufe 1 mit „erweiterten Ansprüchen“ orientieren sich an besonderen Lehrplänen. Wer in der Schweiz ein Abitur mit anschließendem Hochschulstudium anstrebt, besucht ein Gymnasium bzw. eine Maturitätsschule; nach 6 Jahren wird die „Matura“ abgelegt. Ca. 65% der Jugendlichen wechselten nach Beendigung der allgemeinbildenden

Schulpflicht in berufliche Bildungsgänge der Sekundarstufe 2.

2. Berufsbildung als Teil der Bildungssystems

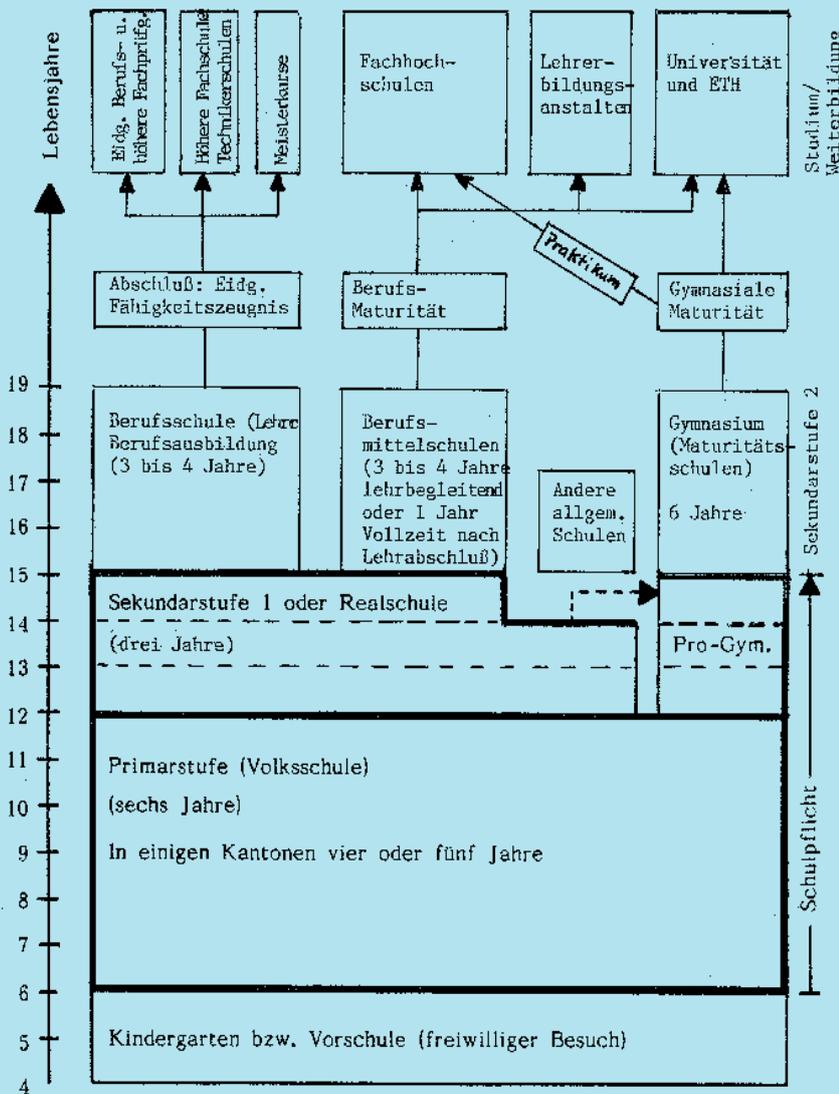
Berufsvorbildung als Vorbereitung auf die Berufsausbildung erfolgt in der Volksschule oder in einem Jahr zwischen der obligatorischen Schulzeit und dem Antritt der Berufsausbildung. Man kennt das Übergangsjahr, Haushaltslehrjahr, Werkjahr, Berufsvorbereitungsjahr, das 10. Schuljahr in der Sekundarstufe 1, Vorkurse für die Berufsausbildung u. ä.

Die Berufsausbildung ist im „Bundesgesetz über die Berufsbildung“ vom 19.4.1978 geregelt und der Sekundarstufe 2 zugeordnet.

Die bekannteste Form der beruflichen Ausbildung ist die Berufslehre, die in einem privaten oder öffentlichen Betrieb mit gleichzeitigem Besuch der Berufsschule ver-

Struktur des Bildungssystems in der Schweiz

Das Schul- und Bildungssystem der Schweiz ist wie in anderen europäischen Ländern in die fünf Bildungsbereiche gegliedert: Elementarstufe, Primarstufe, Sekundarstufe 1 und 2, Tertiärstufe und Weiterbildungsbereich.



mittelt wird. Der Lehrling lernt in Schule und Betrieb (duales System) und immer häufiger an einem dritten Lernort, dem Einführungskurs (triales System). Die Berufsausbildung in der Schweiz dauert 3 bis 4 Jahre.

Im Rahmen der Berufslehre findet auch eine berufliche Grundausbildung statt; als subsidiäre Art der beruflichen Grundausbildung ist die Anlehre im Bundesgesetz verankert. Gesetzlich geregelte Anlehen werden zwischen Ausbildungsbe-

trieb, Amt für Berufsbildung, Eltern und Anlehrlingen auf maximal zwei Jahre abgeschlossen. Der Jugendliche erhält einen Anlehrausweis des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie (BBT) und besucht einen Tag/Woche die Gewerbeschule. Die Berufsausbildung ist an Ausbildungsreglements gebunden: In einem eidgenössischen Rahmenlehrplan sind die Ziele und Inhalte für den allgemeinbildenden Unterricht festgeschrieben. Die Schulen müssen mittels Schulentwicklung

einen Schullehrplan erarbeiten. Der Lehrvertrag ist von der kantonalen Behörde zu genehmigen. Der Staat ist dabei nicht Vertragspartner, er überwacht das Ausbildungsverhältnis und überprüft den Ausbildungserfolg, ist verantwortlich für die Durchführung der Lehrabschlussprüfung, die zum „Eidgenössischen Fähigkeitszeugnis“ führt.

Neben der Anlehre und der Berufslehre bestehen Berufsmittelschulen, die lehrbegleitend (3 oder 4 Jahre) oder in Vollzeit (1 Jahr nach Abschluss der Berufslehre) zur Berufsmaturität führen.

3. Ausbildung in der Tertiärstufe und Weiterbildung

Wenn eine abgeschlossene Berufslehre mit Berufsmaturität vorliegt, können Ausbildungsgänge der Tertiärstufe besucht werden, beispielsweise

- Fachhochschulen,
- mit Zusatzmodulen Allgemeinbildung Universitäten und ETH,
- Lehrerbildungsanstalten (immer häufiger in Hoch- bzw. Fachhochschulen integriert).

Bei abgeschlossener Berufslehre (ohne Berufsmaturität) besteht ebenfalls ein breites Weiterbildungsangebot wie z. B. im Rahmen der „Höheren Berufsbildung“

- Eidgenössische Berufs- und Höhere Fachprüfungen,
- Höhere Fachschulen (Technikerschulen),
- Meisterkurse.

Studierröglichkeiten bestehen an den klassischen Universitäten in Basel, Bern, Zürich, Genf, Fribourg, Lausanne und Neuchatel sowie in St. Gallen, Luzern, Chur und Lugano.

Alle Universitäten erheben Studiengebühren, die zwischen ca. 1 000 SFr und 1 400 SFr liegen; dazu kommen zum Teil noch Prüfungsgebühren bis zu 300,00 SFr. Wer ins erste Semester eintreten will, muss evtl. mit Nachprüfungen zu seinem Abitur rechnen, um den Examensumfang der Schweizer Maturität zu erreichen.

Expertenrunde der Hanns-Seidel-Stiftung zur PISA-Studie:

Ist die Schieflage korrigierbar?

PETER THIEL

„Die Ergebnisse der PISA-Studie beunruhigen weite Teile der Bevölkerung“ so schrieb die Hanns-Seidel-Stiftung in die Einladung zu einer Expertenrunde, die Mitte Juli in München stattfand. Die zentrale Fragestellung dabei lautete: „Ist die Schieflage noch zu korrigieren?“

In dreierlei Hinsicht seien die Befunde der Studie bemerkenswert und erklärungsbedürftig, hieß es in dem Einladungs-Folder weiter: „Da ist zunächst der generelle Leistungsrückstand anderen Ländern gegenüber, der angesichts eines gut ausgebauten, traditionsreichen Bildungssystems schockiert. Weiterhin sind die drastischen Leistungsunterschiede und die unterschiedlichen Bildungschancen zwischen Jugendlichen verschiedener sozialer Herkunft bemerkenswert. Sie sind ausgeprägter als in vielen anderen Ländern. Schließlich gibt es gravierende Leistungsunterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern.“

Man wolle die Befunde im Überblick vermitteln, hieß es schließlich, sie frei von politischen und weltanschaulichen Vorurteilen diskutieren und Erklärungsversuche anbieten.

„Entscheidend ist der Elternwille“

Prof. Dr. Jürgen Baumert, Direktor des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung in Berlin und Organisator der Studie in Deutschland erklärte eingangs: „Bei PISA handelt es sich um die Feststellung von Basisqualifikationen junger Menschen zur eigenen Erschließung der Kulturbestände“. In seinem Vortrag beschäftigte sich Baumert primär mit der Darstellung und Interpretation der erfaßten Leistungsdaten zur Lesekompetenz, die ja bei der Studie 2000 im Vordergrund stand.

Beträchtlich seien die demographischen und finanzpolitischen Unterschiede insbesondere zwi-

schen den neuen und den alten Bundesländern, so z.B. hinsichtlich der Verschuldung, der Zu- und Abwanderung, der Arbeitslosigkeit oder der Migrantenquote. Der Politik bleibe angesichts dieser Tatsachen wenig Spielraum, die Annahme der Bildungsmöglichkeiten durch die jüngeren Leute wirksam zu steuern. Kaum eine Rolle spiele dabei die politische Couleur. „Entscheidend sind letztlich Elternwille und Beschaffenheit der Schüler“.

„Ein alarmierender Befund“

Wie kaum in einem anderen Land sind in Deutschland die Extrempositionen gespreizt. Der Unterschied zwischen leistungsstarken und leistungsschwachen Schülern ist enorm. Gleichzeitig besteht über die Grenzen der Bundesländer hinweg eine überproportional große Risikogruppe aus Schülern der Kompetenzstufe 1, „darunter auch solche, die keine Migranten sind“.

Besorgniserregend für Deutschland vor allem aber ist die soziale Disparität, die die Studie zu Tage beförderte und die für alle Bundesländer gilt. In Bayern beispielsweise, dem Spitzenreiter unter den Bundesländern, werden die Chancen für den Zugang zum Gymnasium bei Kindern aus der oberen Mittelschicht 6 bis 10 Mal (je nach Betrachtungsweise) höher eingeschätzt als bei Kindern aus der Referenzgruppe „Arbeiter“. „Ein alarmierender Befund“ stellte Baumert fest.

„Intelligent mit der Heterogenität umgehen“

Als Herausforderung bezeichnete der Referent die soziokulturellen, altersmäßigen und intellektuellen Unterschiedlichkeiten in den Schulklassen. Die entsprechende pädagogische Folgerung: Intelligent mit dieser Heterogenität im Unterricht umgehen.

In deutschen Schulen wird der Förderbedarf oft übersehen, weil die Klassen zu groß sind und der

Frontalunterricht dominiert. Wenn das Defizit beim Schüler dann Wirkung zeigt, bleibt er sitzen. Mit der Wiederholung einer Jahrgangsstufe aber ist es nicht getan, weil die Defizite meist sehr tief verankert sind. In den PISA-Spitzenländern bestehe auf Grund einer günstigeren Schüler-Lehrer-Relation mehr Möglichkeit und Muße zur Schülerbeobachtung. So können der Förderbedarf frühzeitig festgestellt und entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden.

Die Bildungspolitik wird zur Sozialpolitik

Prof. Dr. Jutta Allmendinger (Lehrstuhl für Soziologie an der LMU München) stellte die Bildungssoziologie als Möglichkeit dar, Licht in die Grauzonen bei der Vergabe von Bildungschancen zu bringen. Die klassische Soziologie unterscheide bei der Beurteilung von Schulleistungen zwischen dem meritokratischen (leistungsbezogenen) und dem konfliktorientierten Ansatz.

Das System von Bildung und Ausbildung gilt vielfach als meritokratisch. Der konflikttheoretische Ansatz gehe davon aus, dass die Schule den Status der Herkunftsfamilie unabhängig von der erbrachten Leistung fortschreibt. Die empirische Bildungsforschung hat Probleme bei der Beantwortung der Frage, ob die Schule nun Leistungen und/oder soziale Herkunft belohnt. Die moderne Bildungssoziologie müsse die zwei unterschiedlichen Blickwinkel überwinden. Wie immer: Der empirische Ansatz von PISA biete dazu gute Möglichkeiten, meinte die Referentin

Nach ihrer Auffassung handelt es sich bei den Schülern der PISA-Kompetenzstufe 1 bereits um „funktionale Analphabeten“. 89% der Betroffenen werden an deutschen Schulen nicht als leseschwach eingestuft, da das Problem überhaupt nicht oder zu spät erkannt wird. Gewiss hängt dies mit der Klassenstärke zusammen. Die Betroffenen erreichen die Klassenziele und erwerben den Hauptschulabschluss.

Die Referentin betonte die hohe Korrelation zwischen Elternhaus

und Kompetenz. Damit wird Bildungspolitik zur Sozialpolitik. Wie also kann man Strukturen schaffen, die Kindern aus Arbeiterhaushalten Chancen zu vernünftigen Bildungsgängen eröffnen? Auch wenn es nicht direkt zum Ausdruck kam: Gemeint ist nicht nur der Weg über das Gymnasium, sondern auch der einer anspruchsvollen beruflichen Qualifikation.

Deutsche Schüler zeigen größere Schulverdrossenheit

Prof. Dr. Rolf Oerter (LMU München) ging das Thema aus kultur- und entwicklungspsychologischer Sicht an.

Eine Gegenüberstellung der Mathematikleistungen von Viertklässlern in Vietnam und Bayern - so der Referent - zeigte erheblich höhere Leistungen der Asiaten. Dies könne angesichts der sehr ungünstigen schulischen Bedingungen in Vietnam nur auf kulturell vorgegebene Tugenden zurückzuführen sein. Offensichtlich ist der Konfuzianismus dabei von Bedeutung, außerdem genießen Lehrer in Vietnam eine hohe Autorität und es wird an den Schulen viel repetiert.

Aktuelle Analysen zeigen eine Werteverstärkung bei deutschen Jugendlichen: Wohlbefinden und Freizeit haben einen hohen Stellenwert, Lernen, Verpflichtungen und Autorität erfahren eher Ablehnung. Schulisches Lernen werde von den Schülern vielfach mit Unlust begleitet. Im internationalen Vergleich zeigen deutsche Schüler größere Schulverdrossenheit, niedrigeres Anspruchsniveau zugleich aber eine höhere Selbsteinschätzung. Im Bewußtsein der Allgemeinheit tritt die Bedeutung der Bildung in den Hintergrund.

Widersprüchliche Moral

Schulisches Lernen steht in Konkurrenz zu einem vielfältigen Spaßangebot. Jugendliche und Kinder erleben daher intensive Zielkonflikte zwischen Lernen und Spaß, Anstrengung und Vergnügen. Diese verzehren viel Energie. Die Moral ist doppelbödig: Die Erwachsenen produzieren die Spaßgesellschaft,

die Kinder wachsen in sie hinein, verhalten sich entsprechend. Dies wiederum stößt auf Mißbilligung.

Kompetenz resultiert aus den Tiefenstrukturen

Eine Verbesserung der schulischen Lernsituation müsse zwei grundlegende Arten des Lernens berücksichtigen: Kurzfristiges Lernen, das in beobachtbaren und abprüfbareren Schritten vor sich geht und langfristiges Lernen, das zu Tiefenstrukturen führt. Diese bilden die eigentliche Basis für Kompetenzen. Solches langfristiges Lernen lasse sich nicht direkt steuern. Da schulisches Lernen vorwiegend die kurzfristige Form betont und nicht kontrolliert, ob sich tieferliegende (z.B. „mathematische oder sprachliche Strukturen) ausbilden, „werden Tausende von Schulstunden sinnlos verthan“.

Mehr Partizipation

„Kaum jemand fragte bislang die Betroffenen“, sagte Oerter und schlug vor, die „Partizipation zu institutionalisieren“. Im Klartext: Die Schüler sollen stärker mitbestimmen. Im Zuge des säkularen Wandels entwickeln sich Autonomie und soziale Kompetenz frühzeitiger als ehemals.

Internationale und deutsche Längsschnittbefunde zu guten Förderprogrammen zeigen, dass sich auch langfristig bis ins Erwachsenenalter reichende positive Effekte ergeben. „Entscheidend aber ist die Einbindung der sozial benachteiligten Eltern in die Programme, da ohne die Veränderung des Gesamtkontextes die Fördereffekte rasch wieder verschwinden“, sagte Oerter.

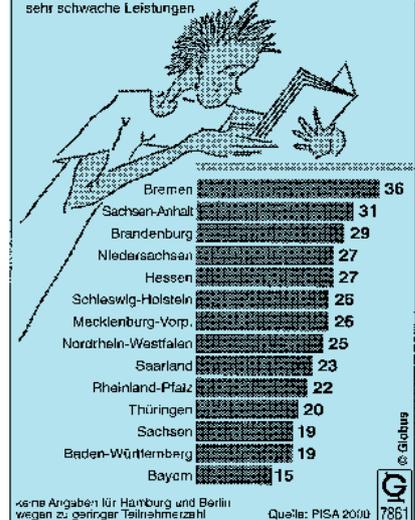
Das Podium

Folgende Stichpunkte waren Grundlage einer abschließenden Podiumsdiskussion, bei der sich zu den drei Referenten noch Prof. Dr. Gabriele Faust (Lehrstuhl für Grundschulpädagogik, Universität Bamberg) und Prof. Dr. Andreas Krapp (sozialwissenschaftliche Fakultät der Bundeswehrhochschule, München) hinzu gesellten:

- Schulautonomie,

Die „Risikoschüler“

Von je 100 Schülern im Alter von fünfzehn Jahren zeigten im PISA-Test beim Verstehen von Texten schwache bis sehr schwache Leistungen



Große Leistungsunterschiede

In allen Bundesländern ist der Anteil der schwachen und sehr schwachen Schüler hoch. Das geht aus dem PISA-Test hervor. In vielen Ländern gehört über ein Viertel der Schüler zu den so genannten Risikoschülern, in Bremen sogar über ein Drittel. Über ein oberflächliches Verständnis einfacher Texte kamen die Schüler nicht hinaus. Der Übergang ins Berufsleben könnte für sie problematisch werden. – Auffallend im internationalen Vergleich ist die große Leistungsstreuung in Deutschland. In anderen Ländern gelingt es nach den PISA-Ergebnissen besser, die Schüler einer Altersstufe auf ein vergleichbares Leistungsniveau zu bringen, also schwächere Schüler entsprechend zu fördern. Bremen trägt das Schlusslicht im innerdeutschen Leistungsvergleich. Das liegt unter anderem an der Bevölkerungsstruktur: Hier leben viele Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose und Ausländer. *Globus*

- Akzeptanz der PISA-Studie durch die Schüler,
- Bedeutung der Evaluation im Bildungsprozess,
- Lehreraus- und -weiterbildung
- Lernzeit in der Schule,
- notwendige bildungspolitische Aktivitäten.

Dabei sagten u.a. ...

... Prof. Gabriele Faust: „Sowohl bei der Vorschul- wie auch bei der Grundschulziehung gehören mehr Diagnoseinstrumente in die Hände der Pädagogen. Der Umgang mit

den Instrumenten muss verstärkt Gegenstand der Lehreraus- und -fortbildung sein“.

... Prof. Andreas Krapp: „Für die notwendige intrinsische Lernmotivation ist innerhalb eines bestimmten Rahmens sowohl für Lehrer als auch für Schüler ein größerer Handlungsfreiraum erforderlich. Konkurrenzbezogene Noten und Leistungskontrollen sind kontraproduktiv für die Motivation der Schüler. Eine Evaluation ist grundsätzlich erforderlich. Sie ist aber nur wirksam, wenn durch schulinterne Organisation und langfristige Personalentwicklung Veränderungen im Unterrichtsprozess bewirkt werden“.

... Prof. Jürgen Baumert: „Die bildungspolitische Antwort auf PISA lautet: Kein überfrachteter Maßnahmenkatalog, sondern nur Hand-

lungsfelder, wie diese auch von der KMK formuliert sind. Konkret also mehr Verantwortlichkeit in die Hand des Lehrers, effizientere Rechenschaft über die Ergebnisse des Bildungsprozesses sowie Steigerung der Lehrer-Professionalität zu Gunsten der Unterrichtsqualität. Der traditionelle Frontalunterricht überfordert den Lehrer restlos. Er wird den heterogenen Klassenstrukturen nicht mehr gerecht. Schwache Schüler sind unter-, gute überfordert.“

... Prof. Jutta Allmendinger: „Wir brauchen eine bessere Infrastruktur in den Schulen und Kindergärten. Wir müssen weg vom Einzelkämpfertum und Frontalunterricht und hin zum sozialbetonten Gruppenunterricht“.

... Prof. Rolf Oerter: „Schüler und Eltern sind i.d.R. nur am erfolgreichen Schulabschluss interessiert,

nicht aber an Bildung. Um die Lern-Effizienz zu steigern, sollten den Schülern mehr Lern- und Gedächtnisstrategien vermittelt werden. Dabei muss bildungspolitisch behutsam vorgegangen werden. Ziel muss auch sein, die Schulkultur zu ändern. Mehr Respekt bei der Begegnung von Schülern und Lehrern ist nötig“.

Ja, wenn ...!

Ist die Schieflage also zu korrigieren? „Ja, wenn ...“ lautet die Antwort nach dieser fünfstündigen äußerst anregenden Runde. Die vielen „Wenns“ wurden hier dargestellt, allerdings ohne den Anspruch, das letzte Detail erfaßt zu haben. Bei mehr als 600 Teilnehmern nämlich - so viele waren es in der Münchener Lazarettstraße - wurden verständlicher Weise sehr viele Einzelheiten geäußert. 

abl-Pressmitteilung zu PISA, 24. Juni 02:

Zum Spitzenergebnis haben alle Schularten beigetragen.

Mit Befriedigung hat die Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Lehrerverbände (abl) auf das national, aber auch international gute Abschneiden bayerischer Schülerinnen und Schüler bei der PISA-E-Studie reagiert. Der amtierende abl-Präsident Max Schmidt betonte: „Bayern zeigt, dass ein vielgliedriges Schulwesen mit klar erkennbaren Schulprofilen sehr wohl international konkurrenzfähig ist.“ Als schulische Ursachen des guten Abschneidens wertete der abl-Präsident, dass alle Schularten konsequent auf verbindliche Leistungsstandards setzen und „Fordern und Fördern“ schon immer an bayerischen Schulen kein Gegensatz, sondern ein gemeinsames Ziel erfolgreicher Bildungsarbeit gewesen sei. Anders als andere Bundesländer sei auch in Bayern stets auf den Grundsatz der Eignung für weiterführende Schularten Wert gelegt worden.

Schmidt fuhr fort: „Nicht zuletzt ist PISA-E eine besondere Anerken-

nung für die anstrengende und erfolgreiche schulische Arbeit von Lehrern und Schülern in Bayern. Auch die Zusammenarbeit von Elternhaus und Schule ist hierzulande vielfach noch enger und besser als anderswo“.

Als besonders bemerkenswert bezeichnete es die Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Lehrerverbände, dass Bayern nicht nur beim Gymnasialvergleich, sondern auch im Gesamtergebnis weit vor den anderen Bundesländern liege. Schmidt dazu wörtlich: „Dies bedeutet, dass der Vorwurf bloß selektiver Förderung Unsinn ist. Alle Schularten in Bayern haben zum positiven Gesamtergebnis ihren Beitrag geleistet.“

Die abl sieht auch bei der Förderung von Migrantenkindern das bayerische Schulsystem vorne. Die durchschnittlichen Leistungen von Kindern mit Migrationshintergrund in Bayern übertreffen die durchschnittlichen Leistungen der Ge-

samtschülerschaft in einer Reihe anderer Bundesländer wie etwa Bremen und Sachsen-Anhalt. „Da ein großer Teil der 15-jährigen Migrantenkinder die Hauptschule besucht, ist dies ein durchschlagender Nachweis der Leistungs- und Integrationsfähigkeit dieser Schulart“, sagte Schmidt. Allerdings müsse es ein verstärktes Ziel bayerischer Bildungspolitik werden, auch ausländischen Jugendlichen vermehrt den Übergang auf Gymnasien, Realschulen und die beruflichen Schulen zu ermöglichen.

Abschließend warnte der amtierende abl-Präsident davor, in Bayern jetzt in Selbstzufriedenheit zu verfallen und sich auf dem bundesdeutschen Siegerpodest auszuruhen. Schmidt dazu: „Der Erfolg Bayerns ist sicher auch auf die finanziellen Kraftanstrengungen im Bereich der Bildung in den letzten Jahren zurückzuführen. Bayern braucht weiterhin verstärkte Bildungsinvestitionen, will es seinen Spitzenplatz verteidigen und ausbauen. Es ist, wie wir vom Fußball her wissen, oft leichter, Meister zu werden als Meister zu bleiben.“ 

Lage auf dem Lehrstellenmarkt kritischer als im Vorjahr

(dpa) – Die schwache Konjunktur hinterlässt auch Spuren auf dem Lehrstellenmarkt. Nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden der Bundesanstalt für Arbeit (BA), Florian Gerster, ist die Lage kritischer als im Vorjahr. Nach einem rechnerischen Ausgleich bei den Ausbildungsstellen im Jahr 2001 sei ein leichtes Defizit in diesem Jahr nicht auszuschließen, sagte Gerster. Er appellierte an die Arbeitgeber, an ihren zukünftigen Fachkräftebedarf zu denken und über den momentanen Bedarf hinaus auszubilden.

Von Oktober 2001 bis Juni seien den Arbeitsämtern insgesamt 505.900 Ausbildungsstellen gemeldet worden, 34.200 oder 6,3 Prozent weniger als im Vorjahr. Die Zahl der Bewerber sei dagegen im gleichen Zeitraum nur um 25.800 oder 3,9 Prozent auf 632.000 gesunken. Ende

Juni gab es nach Angaben der Bundesanstalt 132.300 noch nicht besetzte Ausbildungsstellen und 263.600 noch nicht vermittelte Bewerber.

Im Vergleich zum Juni 2001 ist die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen unter 25 Jahren um 87.400 auf 494.900 gestiegen. Das entspricht einem Plus von 21 Prozent. Dennoch sei die Jugendarbeitslosenquote von 9,5 Prozent in Deutschland deutlich günstiger als im Durchschnitt der EU-Länder. Im vergangenen Monat profitierten 530.000 junge Menschen von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten, vier Prozent mehr als im Vorjahr. „Wir tun eine Menge, insbesondere in Ostdeutschland“, sagte BA-Chef Gerster bei der Vorlage der neuesten Daten vom Arbeitsmarkt



Eltern sollen Schulprobleme ihrer erwachsenen Kinder erfahren

(dpa) – Volljährige Schüler sollen ihren Eltern massive Schulprobleme künftig nicht mehr verheimlichen können. Der bayerische Landtag beschloss am 11. Juli mit CSU-Mehrheit, dass Schulen vom kommenden Schuljahr an Eltern über gravierende Schwierigkeiten auch ihrer erwachsenen Sprösslinge informieren sollen. Bisher galt dies nur für Schüler unter 18 Jahren.

SPD und Grüne warfen der CSU vor, die Rechte junger Erwachsener nicht ernst zu nehmen. Schwierige Schüler müssten an der Schule frühzeitig besser betreut werden. Den Anstoß zu der Neuregelung hatte der Amoklauf an einer Erfurter Schule gegeben. Der Todeschütze hatte seine Schulschwierigkeiten vor den Eltern geheim gehalten.



Arbeitskreis „Lehrergesundheit“ ins Leben gerufen

(red) – Die überdurchschnittlich hohe Quote von Frühpensionierungen, vor allem aber die große Zahl der aus psychischen Gründen vorzeitig aus dem Dienst Ausscheidenden gibt nicht nur Anlass zur Besorgnis, sondern fordert auch konkrete Maßnahmen heraus. Das Kultusministerium wurde beauftragt, zur Stärkung der Lehrergesundheit

entsprechende Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen und entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Mit Fachleuten aus den Gebieten Schulberatung und Schulpsychologie wurde ein Konzept zur Stärkung der Lehrergesundheit erarbeitet. Inzwischen hat das Ministerium die Voraussetzungen geschaffen, dass ab September 2002 in drei Regionen

Bei Schulreform an einem Strang ziehen

(dpa) – die Kultusminister und die Lehrerorganisationen wollen nach dem PISA-Desaster bei der Schulreform an einem Strang ziehen. Dabei soll auch über die Arbeitsbelastung und die Arbeitszeit der Pädagogen gesprochen werden.

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) begrüßte dies als „Beginn einer neuen Phase der Zusammenarbeit“. Übereinstimmung herrsche darin, dass nach den PISA-E-Ergebnissen sofort gehandelt werden müsse, sagte der VBE-Vorsitzende Ludwig Eckinger. Dabei werde die Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte an den Schulen als besonders wichtig angesehen. Eckinger schloss ein Pflichtprogramm zur Weiterbildung für Lehrer künftig nicht aus. In dem Fall müssten aber die Rahmenbedingungen an den Schulen stimmen. So dürfe es zum Beispiel wegen Weiterbildungsmaßnahmen keinen „Unterricht auf Sparflamme“ geben.

Der Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes, Peter Heesen, mahnte mehr Achtung seitens der Politik vor dem Lehrerberuf an und wandte sich gegen „pauschale Lehrerschelte“. Die PISA-Ergebnisse seien so schlimm, dass sie „spätestens nach allem Wahlkampfgetöse in gemeinsamer Anstrengung aller politischen Gruppen systematisch aufgearbeitet werden müssten“. Heesen appellierte an die KMK, die Zusammenarbeit mit den Lehrerorganisationen zu vertiefen.

KMK-Präsidentin Dagmar Schipanski sagte, Elternhaus, Schule und Politik stünden gleichermaßen in der Verantwortung, die generelle Wertschätzung von Lernen und Leistung zu erhöhen und damit auch den Lehrern mehr Anerkennung zuteil werden zu lassen.

Pilotprojekte zur kollegialen Supervision durchgeführt werden können. Um gezielte Präventions- und Rehabilitationsprogramme zu entwickeln, berief das Kultusministerium darüber hinaus einen Arbeitskreis „Lehrergesundheit“. Dieser soll den auf verschiedenen Fachgebieten, Institutionen und Personen verteilten Sachverstand bündeln

und sich mit Präventivmaßnahmen zum Erhalt der Lehrergesundheit, Arbeitszufriedenheit und Leistungsfähigkeit sowie mit Maßnahmen zur Wiedereingliederung bereits erkrankter Lehrkräfte befassen.

In dem Arbeitskreis werden das Kultusministerium, das Gesundheits- und Sozialministerium, die Dillinger Akademie für Lehrerfort-

bildung und Personalführung, die staatliche Schulberatung, der Landesverband bayerischer Schulpsychologen, die Lehrerverbände sowie Vertreter des öffentlichen Gesundheitsdienstes und klinischer Einrichtungen angehören.

Vor der Sommerpause hatte der Arbeitskreis zum ersten Mal getagt.



Min. Dirig. Herbert Pascher geht in den Ruhestand:

„Zu den Beruflern gehört zu haben ist auch für einen Juristen Genugtuung“



Mit Ablauf des Schuljahres ging Min. Dirig. Herbert Pascher, bislang Leiter der Abteilung „Berufliche Schulen“ am Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, in den Ruhestand. 13 Jahre lang stand Pascher an der Spitze der Abteilung und konnte - u.a. in Kooperation mit dem VLB - die Veränderungen im beruflichen Schulwesen des Freistaats entscheidend beeinflussen. Die Zusammenarbeit mit dem VLB war konstruktiv und stets getragen von Verständnis und gegenseitigem Vertrauen. Dafür dankt der VLB Herrn Pascher ganz herzlich. Gleichzeitig richtete er an den Ruheständler in spe 12 Fragen, die, zusammen mit den Antworten, die bildungspolitischen Hintergründe der „Ära Pascher“ nochmals ausleuchten. In der Folge also das Interview, welches VLV-Landesvorsitzen-

der Hermann Sauerwein mit Min. Dirig. Pascher führte.

VLB: Sehr geehrter Herr Pascher, Sie sind seit 1989 Leiter der Abteilung VII im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus und konnten die Entwicklung in diesem Bereich hautnah erleben. Wie hat sich die berufliche Bildung in dieser Zeit verändert?

Pascher: Revolutionäre Veränderungen gab es nicht. Aus vom Bund immer wieder angekündigten grundlegenden Reformen des Berufsbildungssystems ist nicht viel herausgekommen. Statt breit angelegter Berufsbilder und stärkerer Akzentuierung von Grund- und Fachausbildung wurden zahlreiche neue Berufe geschaffen, die zum großen Teil über den Status von Splitterberufen nicht hinauskamen: echte Gleichrangigkeit der dualen Partner insbesondere durch formale Teilhabe der Berufsschulen am Prüfungsgeschehen blieb in der Diskussionsphase stecken; im zunehmend wichtigeren Bereich beruflicher Fort- und Weiterbildung blieben die beruflichen Schulen mit ihrem sachlichen und personellen Know-how weitgehend außen vor.

Fortschritte sehe ich allerdings im schulischen Bereich: Die Hinwendung zum handlungsorientierten Unterricht auf Antwort auf die

qualitativen Veränderungen in der Berufs- und Arbeitswelt, flankiert durch offenere Lehrpläne, die dem Lehrer mehr pädagogische Freiheit in seiner Unterrichtsgestaltung geben (ihn aber auch verstärkt fordern); die Aufwertung beruflicher Abschlüsse (mittlerer Schulabschluss und Hochschulreife); die erfolgreiche Reform der beruflichen Oberstufe.

VLB: Welche Zukunftschancen räumen Sie angesichts der Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft dem dualen Berufsausbildungssystem ein?

Pascher: Das deutsche Berufsausbildungssystem hat nicht nur eine große Tradition, sondern – notwendige Fortentwicklung vorausgesetzt – auch Zukunft. Wie kein anderes System gewährleistet es für fast alle jungen Menschen eine solide berufliche Erstausbildung und durch seine Praxisbezogenheit und Flexibilität einen weitgehend nahtlosen Übergang ins Beschäftigungssystem: die international gesehen niedrige Quote der Jugendarbeitslosigkeit ist dafür Indiz.

Der Harmonisierungsdruck der EU darf aber nicht unterschätzt werden. Insbesondere im Weiterbildungsbereich muss eine Lösung gefunden werden, mit der die Schieflage in der formalen Gleichstellung beruflicher Abschlüsse beseitigt wird.

VLB: In Ihrer Ära wurde eine Vielzahl von Berufsfachschulen gegründet. War dies nur ein „Notnagel“ in schwieriger Zeit oder räumen Sie den Berufsfachschulen Chancen in der Zukunft ein?

Pascher: Zugegeben: Nicht wenige Berufsfachschulen wurden zur

Linderung von regionalem Ausbildungsplatzmangel errichtet; dabei wurde aber stets darauf geachtet, dass anschließende Beschäftigungs- bzw. Weiterbildungschancen bestehen. Die Neuerrichtung der IT-Berufsfachschulen hat aber strategische Qualität. In den Bereichen, wo betriebliche Ausbildung auf vorwiegend theoretischen Kenntnissen aufbauen muss, die im allgemein bildenden Schulwesen nicht oder nicht in erforderlicher Intensität vermittelt werden (können), wird zunehmend eine entsprechende vollzeitschulische Grundbildung erfolgen müssen.

VLB: Studienreisen führten uns in den letzten Jahren in europäische Nachbarländer. Dort nahmen wir die hohe Akzeptanz der beruflichen Schulen und der beruflichen Bildung generell zur Kenntnis. Wie beurteilen Sie die Akzeptanz dieses Bildungswesens in Bayern und welche Initiativen sollten ggf. ergriffen werden, um den Zustand zu verändern?

Pascher: Unterschiedliche Gesamtsysteme lassen sich nur in ihrer Gesamtheit bewerten: nur Teilbereiche miteinander vergleichen zu wollen („Rosinen-Taktik“) führt nicht weiter. Unbeschadet dessen gilt ideologiefrei zu überprüfen, ob das, was man als gut oder besser beurteilt, in unser System passt und implantiert werden kann (hier ist „Abkupfern“ kein Unterschleif, sondern Tugend).

VLB: Das Duale System lebt von der Zusammenarbeit der Lernorte. Ist dies angesichts der realen Verhältnisse nicht nur ein frommer Wunsch?

Pascher: Kooperation der Lernorte ist nur bedingt eine Systemfrage. Sie kann von „oben“ zwar gefordert, nicht aber verordnet werden. Institutionelle Kooperation funktioniert nur dann, wenn die dort verantwortlichen Personen das wollen und auch praktizieren. Und das geschieht vor Ort, aber auch auf der sog. „höheren Ebene“ weit mehr als kolportiert wird.

VLB: Viele Modellversuche zur Fortentwicklung des beruflichen Schulwesens wurden in Ihrer Amtszeit angestoßen. Welcher hat aus Ih-

rer Sicht die nachhaltigste Wirkung gezeigt?

Pascher: Ich darf zwei nennen: den Modellversuch „Fächerübergreifender Unterricht“ und den Schulversuch „Berufliche Oberstufe“.

VLB: Modernes Schulmanagement geht nicht ohne ein hohes Maß an Autonomie. Wie beurteilen Sie die Weiterentwicklung der Schulsebstständigkeit, insbesondere die der beruflichen Schulen?

Pascher: Nach unserer verfassungsrechtlichen Grundordnung steht das Schul- und Bildungswesen in Verantwortung und damit unter Aufsicht des Staates; eine Unabhängigkeit der Schulen („Autonomie“) verträgt sich damit nicht. Das Wortpaar „mehr Eigenverantwortlichkeit – mehr Entscheidungszuständigkeit“ halte ich deshalb für treffender. Diese Eigenverantwortlichkeit wurde bei den beruflichen Schulen in den letzten Jahren in einem noch vor einem Jahrzehnt nicht vorstellbaren Umfang verstärkt. Sicherlich kann hier noch einiges Zusätzliche bewirkt werden. Mit Blick auf die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit halte ich aber die staatliche Festlegung der Bildungsziele, der maßgeblichen Bildungsinhalte und die externe Evaluierung der Leistungen der Schulen durch staatliche Schulaufsicht für unabdingbar. Eine weitgehende Personalhoheit der einzelnen Schule ist zwar denkbar, wohl aber nicht unter Beibehaltung des Status als öffentliche Schule.

VLB: Vor Jahren wurde die berufliche Oberstufe reformiert. Entspricht das Ergebnis – im Rückblick gesehen – den Anforderungen von heute oder halten Sie weitere Korrekturen für erforderlich?

Pascher: Der gegenwärtige Zulauf zur FOS und BOS bestätigt im Nachhinein die Richtigkeit des Reformkonzepts. Natürlich bedurfte es Korrekturen und sie wird es weiter geben. Ich betrachte das als ganz natürliche Weiterentwicklung.

VLB: Zwischen Flensburg und Mittenwald wird das Thema Kompetenzzentren heiß diskutiert. Dabei gibt es verschiedene Lösungs-

ansätze. Wie beurteilen Sie die von uns vorgeschlagene vertikale Konzeption?

Pascher: Der gesetzliche Auftrag zur Zusammenfassung beruflicher Schulen innerhalb von beruflichen Schulzentren umfasst auch die „vertikale Konzeption“. In optimaler Konstellation sollten berufliche Kompetenzzentren Berufsausbildung (Berufsschule/Berufsfachschule), berufliche Weiterbildung (Fachschule/Fachakademie) und die Möglichkeit des Erwerbs einer Hochschulreife (FOS/BOS) aus einer Hand anbieten.

VLB: Die beruflichen Schulen können ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag nur mit entsprechendem Lehrpersonal führen. Welche Möglichkeiten sehen Sie, den derzeitigen Mangelzustand grundsätzlich zu überwinden und langfristig für fachlich und pädagogisch kompetentes Lehrpersonal zu sorgen?

Pascher: Dem periodischen Lehrermangel könnte man – wie in vielen anderen Lebensbereichen auch – am Besten durch eine langfristig angelegte Vorratspolitik begegnen; d. h. Lehrer einstellen dann, wenn sie zu haben sind, ggf. über einen aktuellen Bedarf hinaus. Die Gewähr für eine sichere Anstellung bei vernünftigem Abschluss würde die Bereitschaft für ein Lehrerstudium nachhaltig stärken. Solange aber finanzpolitische Zwänge eine solche langfristig angelegte Personalplanung unmöglich machen, wird – wie gegenwärtig der Fall – immer wieder zu Sonder-(=Not-)Maßnahmen gegriffen werden müssen.

VLB: Die Wissenschaft belegt eindeutig, dass auch die Lehrer an beruflichen Schulen überproportionalen starken Belastungen ausgesetzt sind. Dies wirkt sich auf die Erfüllung ihres Bildungsauftrags nachhaltig aus. Zur Verbesserung der Situation müssen u. a. die Rahmenbedingungen verändert werden. Welche Möglichkeiten dazu sehen Sie?

Pascher: Anspruchsvolle Berufe ohne Belastungen haben in der heutigen Zeit Seltenheitswert. Diesen hat der Lehrerberuf sicher nicht.

Natürlich muss alles getan werden, um die Rahmenbedingungen

für eine gediegene Arbeit wieder herzustellen. Dazu zähle ich v. a.: Elternhaus, Schule und Gesamtgesellschaft müssen wieder zu einem Konsens über die wesentlichen Erziehungsziele kommen – Erziehung zum eigenverantwortlichen und lebensstüchtigen Bürger, dem neben der Fähigkeit zur Selbstverwirklichung auch Gemeinschaftsverträglichkeit und Leistungsbereitschaft anezogen wird – und diese Erziehungsziele gemeinsam verwirklichen; Wiederherstellung der öffentlichen Reputation des Lehrerberufs; die Lehrer einer Schule müssen sich

verstärkt als Team verstehen und nicht als ein Kollegium von Einzelkämpfern; last but not least: Sachausstattung und Personalversorgung müssen sich im Rahmen des Zumutbaren halten.

VLB: Sehr geehrter Herr Pascher, wir bedanken uns für die langjährige, vertrauensvolle Zusammenarbeit zum Wohle der Jugend im Beruf und der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen. Dies war und ist nicht selbstverständlich. Hat Ihnen als Jurist und Vertreter der Exekutive der Umgang mit den vielfältigen Problemen der beruflichen

Schulen auch einen persönlichen Gewinn gebracht?

Pascher: Mein Weg zum Schuljuristen war eher zufällig. Ich hatte aber das Glück, für einen Aufgabenbereich und eine Klientel zuständig zu sein, mit denen ich mich identifizieren konnte: Aufgeschlossenheit gegenüber den Problemen unserer Gesellschaft; Mut zu Veränderungen; gemeinsame Suche nach verwirklichtbaren Lösungen; offener Umgang miteinander ohne persönlich zu verletzen. Zu den „Beruflern“ gehört zu haben, ist rückblickend auch für einen Juristen berufliche Genugtuung.

Anfragen – Anträge – Beschlüsse

- **Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten Glück, Schneider Siegfried und Fraktion CSU, 25.06.02

Ergebnisse der Studie PISA-E

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Der Landtag begrüßt mit Freude und Befriedigung das Abschneiden Bayerns im innerdeutschen Ländervergleich der PISA-Studie. In Bayern gibt es die meisten guten und sehr guten und die wenigstens schwächeren Schülerinnen und Schüler.

Der gemeinsamen Leistung aller am Schulleben Beteiligten, den Schülerinnen und Schülern, den Lehrerinnen und Lehrern, den Eltern und der Bildungspolitik, die die Rahmenbedingungen entwickelt und geschaffen hat, ist dieses Ergebnis zu verdanken.

Besonders hervorzuheben ist:

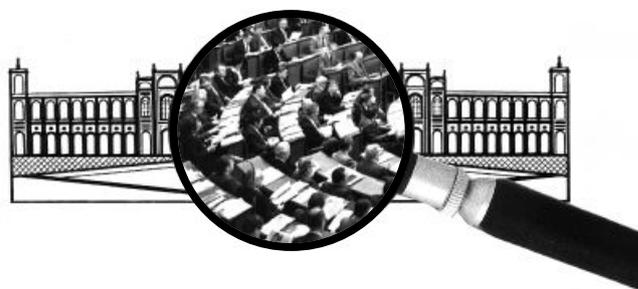
Die Basis erfolgreichen Kompetenzerwerbs in allen schulischen Fächern ist die Lesekompetenz. Bayern ist auf diesem Feld im nationalen Vergleich auf dem ersten Platz und international im oberen Drittel.

In Mathematik und Naturwissenschaften liegt Bayern im Vergleich aller Schüler auf Platz 1, international deutlich über dem OECD-Durchschnitt.

Der Anteil bayerischer Schüler in den so genannten Risikogruppen ist in allen untersuchten Fächern gering; gleichzeitig ist das Leistungsbild vergleichsweise homogen.

Die Resultate der ausländischen Schülerinnen und Schüler sind in Bayern signifikant besser als in allen anderen Ländern Deutschlands. So entspricht der Mittelwert der ausländischen Schülerinnen und Schüler bei der Lesekompetenz z. B. praktisch dem Bundesdurchschnitt der deutschen Schülerinnen und Schüler.

Die bisherigen Forderungen nach Gesamtschule, Orientie-



rungsstufe, Vermeidung jeglicher landesweiter Leistungsvergleiche und Abschaffung von Leistungen in der Schule generell haben sich als verfehlt erwiesen.

Die PISA-Studie gibt Anlass zur Freude, aber nicht Anlass zum Stillstand. Nach sorgfältiger Prüfung werden Maßnahmen zur weiteren Verbesserung des bayerischen Schulsystems auf den Weg gebracht werden.

Der frühe Ausgleich sprachlicher Defizite, die Vorverlegung naturwissenschaftlicher Lerninhalte im Gymnasium, wie sie bereits seit längerem beschlossen wurde und die bereits beschlossenen Verbesserungen in der universitären Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer sind Beispiele für erste Schritte.

Die Einführung der „Mittlere-Reife-Klassen“, die den leistungsstärkeren Hauptschülern zusätzliche Förderung und Chancen brachte und die „Praxisklassen“ als besonderes Förderinstrument für schwächere Schüler haben sich landesweit bewährt, werden intensiv nachgefragt und sind nach den Erkenntnissen der PISA-Studie die richtigen Weichenstellungen.

Die auf den Weg gebrachte Einführung von Ganztagesangeboten, die zusätzlichen 4.100 Lehrerstellen in den Jahren 2001 bis 2003 und die Einführung der sechsstufigen Realschulen sind weitere Beispiele für weitsichtige Bildungspolitik.

- **Beschluss** des Bayerischen Landtags, 26.06.02

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Schneider Siegfried und Fraktion CSU
Drs. 14/9802

Ergebnisse der Studie PISA-E

Text wie Antrag
Der Präsident: Böhm

- **Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten Maget, Radermacher, Schieder Marianne, Egleder, Goertz, Pfaffmann, Pranghofer und Fraktion SPD, 25.06.02

**Bildung – das Projekt Zukunft
Bayerns Schülerinnen und Schüler international an die Spitze bringen**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Der Landtag freut sich mit den bayerischen Schülerinnen und Schülern über deren gutes Abschneiden im innerdeutschen Vergleich der PISA-Studie (PISA-E). Ein Erfolg, der dem Engagement der Schülerinnen und Schüler ebenso zu verdanken ist, wie dem der Lehrerinnen und Lehrer und der Eltern.

Die Freude gibt aber keinen Anlass zu Selbstzufriedenheit oder gar Selbstgerechtigkeit. Denn es gibt an Bayerns Schulen zahlreiche Defizite, die einer dringenden Korrektur bedürfen wenn Bayerns Schülerinnen und Schüler nicht nur erste in der zweiten Liga bleiben, sondern international an die Spitze kommen sollen. In Bayern verlassen viel zu viele junge Menschen die Schule ohne Abschluss. Zudem hat Bayern bundesweit die niedrigste Abiturientenquote, wodurch Begabungsreserven unerschlossen bleiben.

Soziale Auslese und Benachteiligung von Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern gehören aufgrund politischer Vorgaben gerade auch in Bayern zum Schulalltag.

Bayern braucht ein Bildungswesen, das fordert und fördert.

Wir brauchen zudem ein Bündnis für Erziehung und Bildung, in dem Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie Pädagoginnen und Pädagogen einen bildungspolitischen Konsens erarbeiten.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, folgende Maßnahmen in Angriff zu nehmen:

1. Die vorschulische Bildung ist so zu verbessern, dass insbesondere sprachliche Defizite frühzeitig ausgeglichen werden können.
Hierzu ist erforderlich, das letzte Kindergartenjahr verpflichtend und kostenfrei zu gestalten, um in der Grundschule allen Kindern einen möglichst chancengleichen Start zu ermöglichen.
2. Kindertageseinrichtungen und Grundschulen sind besser miteinander zu vernetzen, um frühzeitig erkannte Stärken zielgerichtet weiter fördern und Schwächen ausgleichen zu können.
3. Die Erzieherinnen- und Erzieherausbildung ist zu reformieren und der Berufsstand aufzuwerten.
4. Die Grundschule ist als Fundament jeder Schullaufbahn wesentlich zu stärken. Kleinere Klassen und zusätzliches

Personal sind nötig, damit genügend Zeit für jedes Kind bleibt und Defizite gleich und wirksam aufgefangen werden können.

5. Es sind Konzepte zu entwickeln, mit denen die hohe Zahl von Schülerinnen und Schülern, die heute die Schule ohne Abschluss verlassen, merklich reduziert werden kann. Den Schulen müssen im Besonderen die Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, die sie brauchen, um in praktikabler Weise der mangelnden Kenntnis der deutschen Sprache begegnen zu können.
6. Der Erwerb eines Mittleren Schulabschlusses muss an jeder Hauptschule möglich sein.
7. Die Abiturientenquote ist durch geeignete Maßnahmen zu erhöhen, damit junge Menschen in Bayern die gleichen Chancen erhalten wie als anderswo in Deutschland.
8. Das Angebot an Ganztagschulen ist bedarfsgerecht auszubauen.
9. Die Schulen brauchen mehr Kompetenzen und Eigenständigkeit. Hierzu gehören beispielsweise die Selbstverwaltung eines ausreichenden Budgets und die Entscheidung über einzustellendes Lehrpersonal. Durch Profilierung und Eigenverantwortung kann flexibel auf die Bedürfnisse der jeweiligen Schülerinnen und Schüler vor Ort reagiert werden. Dabei ist eine möglichst weitgehende Mitgestaltung der Schülerinnen und Schüler zu institutionalisieren.
10. Die Schule ist durch den flächendeckenden Ausbau der Schulsozialarbeit zu stärken. Die Stellen für 350 Schulsozialarbeiter, die in den nächsten 10 Jahren in Bayern geschaffen werden sollen, sind bereits im nächsten Doppelhaushalt vorzusehen.
11. Die Erziehungskraft der Eltern ist durch entsprechende unterstützende Angebote zu stärken.
12. Die Erkenntnisse aus PISA müssen in die Reform der Lehrerausbildung sowie der Lehrerfortbildung eingehen.
13. Bei der Finanzierung der notwendigen Maßnahmen ist auf eine gerecht Kostenverteilung zu achten. Dabei sind die Kommunen zu entlasten.

- **Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten Dr. Dürr, Münzel, Gote, Kellner, Schopper und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 25.06.02

PISA: In die internationale Spitze durchstarten – Bildungsgerechtigkeit schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, mit dem Ziel

- die bayerischen Schülerinnen und Schüler an das hohe Leistungsniveau der internationalen Spitze heranzuführen und gleichzeitig Bildungsgerechtigkeit zu schaffen,
- die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler zu garantieren und dafür unter anderem
- die Sprachförderung für alle zu intensivieren, einschließlich der Förderung in der Muttersprache, sowie
- größtmögliche Freiheit für die Schulen zu ermöglichen und sie, ebenso wie die Kindergärten, finanziell zu stärken.

- **Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten Maget, Pranghofer, Odenbach und Fraktion SPD, 13.06.02

Bildungsansprüche erfüllen – weg mit der Budgetlücke an den Fachoberschulen und Berufsoberschulen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die an den staatlichen Fachoberschulen und Berufsoberschulen vorhandene Budgetlücke in der Unterrichtsversorgung, von im Durchschnitt 6,8 % bis zum kommenden Schuljahr 2002/2003 zu schließen. Dazu sind den FOS/BOS sofort neue Planstellen zuzuweisen und durch die Erhöhung der Mittel für Aushilfsverträge zusätzliche Einstellungen zu ermöglichen. Insbesondere ist davon abzusehen, dass durch eine Umverteilung von Stellen innerhalb des beruflichen Schulwesens das Budgetdefizit an den Fachoberschulen und Berufsoberschulen ausgeglichen wird, da dies zu Lasten der Lehrerversorgung an anderen beruflichen Schulen gehen würde.

Begründung:

Zum kommenden Schuljahr 2002/2003 ist in der Jahrgangsstufe 11 der Fachoberschulen ein Schülerzuwachs von über 10 % und in allen Jahrgangsstufen der Berufsoberschule ein massiver Anstieg der Schülerzahlen zu erwarten. Die schon im laufenden Schuljahr 2001/2002 vorhandene Budgetlücke in der Unterrichtsversorgung von im Durchschnitt 6,8 % - bei einigen staatlichen Schulen bis 11 % - führt in den Schulen zu einer immer massiveren Unterversorgung mit Lehrerstunden. Um den Pflichtunterricht aufrecht erhalten zu können, muss an vielen Schulen Förder- und Wahlunterricht gestrichen und/oder müssen übergroße Klassen gebildet werden. Der Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler ist damit erheblich gefährdet. Die FOS/BOS bilden inzwischen 1/3 aller Hochschulzugangsberechtigten in Bayern aus, darauf kann Bayern nicht verzichten.

- **Antrag** der Abgeordneten Dr. Wilhelm, Schneider Siegfried, Donhauser, Dr. Spaenle, Guttenberger, Kränzle, Prof. Männle, Nadler, Nöth, Freiherr von Redwitz, Rudrof, Sauter, Schmid Peter, Sibler, Dr. Söder, Stahl Georg, Prof. Dr. Stockinger, Thätter, Dr. Waschler, Dr. Zimmermann CSU, 18.06.02

Anpassung der Ausbildungskapazität im Fach Wirtschaftspädagogik

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird gebeten, im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel die Ausbildungskapazität im Studienangebot Wirtschaftspädagogik dem künftig stark steigenden Bedarf an Diplomhandelslehrern anzupassen.

- **Antrag** der Abgeordneten Franzke, Naaß, Schieder Marianne, Egleder, Goertz, Odenbach, Pfaffmann, Pranghofer, Wörner SPD, 18.06.02

Sicherung des Lehrernachwuchses an beruflichen Schulen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den ab 1. Januar 2002 möglichen Sonderzuschlag für alle Lehramtsanwärter im Bereich der beruflichen Schulen zu gewährleisten.

Begründung:

Nach § 63 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes kann das für das Besoldungsrecht zuständige Ministerium Anwärtersonderzuschläge gewähren für die Bereiche, in denen ein erheblicher Mangel an qualifizierten Bewerbern besteht.

Für den Bereich der beruflichen Schulen ist dies der Fall. Bereits in den Jahren 2003/2004 treten ca. 23 % der heute aktiven Lehrkräfte in den Ruhestand; bis 2010 sind dies sogar 50 %.

Die Gewährung von Sonderzuschlägen würde zur Steigerung der Attraktivität des Lehramts an beruflichen Schulen beitragen.

Spitzengespräch zum Thema Anwärtersonderzuschläge:



Mitte Juli fand im Bayerischen Landtag ein Spitzengespräch zwischen dem VLB-Landesvorsitzenden Hermann Sauerwein und den beiden CSU-Parlamentariern Manfred Ach und Prof. Dr. Walter Eykmann statt. Beide Parlamentarier stehen Landtagsausschüssen vor, Ach dem Haushaltsausschuss und Eykmann dem Ausschuss für Fragen des Öffentlichen Dienstes.

Im Mittelpunkt des Gespräches standen die Anwärtersonderzuschläge. Die beiden Politiker versicherten, dass die Fraktion der CSU im bayerischen Landtag, die Notlage der beruflichen Schulen in Sachen Lehrernachwuchs erkannt und durch Anträge und Beschlüsse im Parlament die Weichen für die Gewährung von Sonderzulagen an die Studienreferendare des Lehramts an beruflichen Schulen gestellt hat. Im Kabinett allerdings ist eine entsprechende Entscheidung noch nicht gefallen. Noch einmal wies Sauerwein auf die Dringlichkeit des Anliegens und auf eine rasche Entscheidung hin.

Am 15. Oktober findet die nächste Sitzung des Ausschusses für den Öffentlichen Dienst statt. Rückwirkend zum Schuljahresbeginn müssen dann die Zulagen gewährt werden. Beide Abgeordneten sagten dem Landesvorsitzenden nochmals ihre volle Unterstützung in dieser Angelegenheit zu. Auf dem Foto von rechts MdL Prof. Dr. Walter Eykmann, VLB-Landesvorsitzender Hermann Sauerwein, MdL Manfred Ach. - red -

Pressemitteilung des Bundesinnenministeriums, 10. Juli 2002:

Stoiber verunsichert Beamte und Pensionäre in Bayern

Das Bayerische Staatsministerium der Finanzen gibt Informationen über die Reform der Beamtenversorgung an die Öffentlichkeit, die Beamte und Pensionäre in Bayern verunsichern und gegen die Bundesregierung aufbringen sollen.

In den Informationen wird der Eindruck erweckt, als ob das Versorgungsänderungsgesetz 2001 zu Kürzungen der Beamtenpensionen führen werde. Einige Beamte und Pensionäre aus Bayern haben sich an Bundesminister Otto Schily gewandt und unter Berufung auf die Informationen des Bayerischen Staatsministeriums für Finanzen mit großer Besorgnis angefragt, ob ihre Pensionen gekürzt werden sollen.

Das Bundesministerium des Innern hat die bayerische Beamtenenschaft beruhigt und darauf hingewiesen, dass keine Pension gekürzt und kein Ruheständler weniger als zuvor erhalten werde.

Bundesminister Otto Schily erklärt dazu:

„Ich fordere Herrn Stoiber auf, diese Wahlkampagne auf dem Rücken der Beamten und Pensionäre sofort zu beenden und die Öffentlichkeit und die betroffenen Menschen in Bayern wahrheitsgemäß zu informieren. Die Reform der Beamtenversorgung ist – wie auch das Bayerische Staatsministerium der Finanzen sehr wohl weiß – so ange-

legt, dass die Pensionen mit verminderten Zuwachsraten bei den nächsten acht Anpassungen auch künftig weiter steigen werden. Tatsächlich wird also keine Pension gekürzt, kein Ruheständler erhält weniger als zuvor. Dass dieses Vorgehen verfassungsgemäß ist, hat jüngst das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz entschieden.

Wer allerdings angesichts der demographischen Entwicklung den Eindruck erweckt, es könne alles beim Alten bleiben, wer den Beamten trotz der explodierenden Versorgungsausgaben gerade bei den Ländern unverändert hohe Zuwachsraten bei den Pensionen in Aussicht stellt, handelt verantwortungslos. Herr Stoiber ist offenbar nicht bereit, den Beamten und Pensionären in Bayern zu erklären, welche Konsequenzen aus der demographischen Entwicklung gezogen werden müssen, damit den Beamten auch im Alter ein angemessener Lebensstandard gewährt werden kann.“

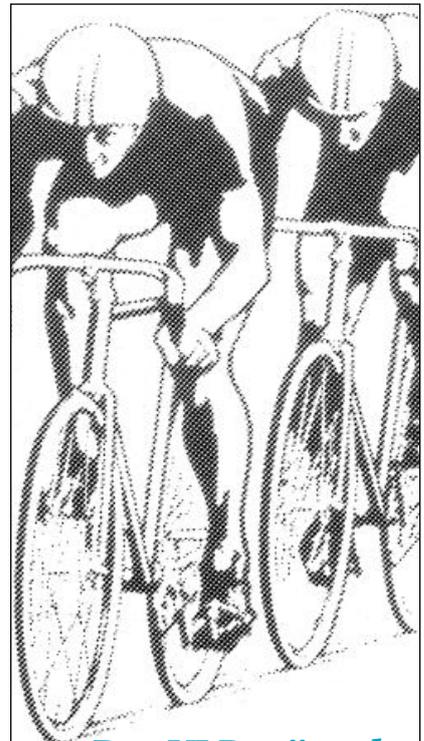
Das Statistische Bundesamt teilt mit:

Altersteilzeit im öffentlichen Dienst: Länder holen auf

WIESBADEN – Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, hatten nach vorläufigen Ergebnissen der Statistik über den Personalstand im öffentlichen Dienst Mitte 2001 rund 94.000 Beschäftigte von der gesetzlich bzw. tarifvertraglich geregelten Möglichkeit einer Altersteilzeitbeschäftigung Gebrauch gemacht; das waren etwa 60 % mehr als Mitte 2000. Von den 94.000 Beschäftigten in Altersteilzeit waren 25.000 Beamte (einschl. Richter), 55.000 Angestellte und 14.000 Arbeiter.

Die Zahl der Beamten in Altersteilzeit hat sich gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt (+ 122 %), wobei vor allem Beamte der Länder (+ 200 %) und der Gemeinden (+ 165 %) für den hohen Zuwachs sorgten. Die Zahl der Bundesbeamten in Altersteilzeit stieg um 29 %. Zu der starken Zunahme der Altersteilzeit in den Ländern trug bei, dass im Jahr 2001 in einigen Ländern Altersteilzeit für Beamte erst ermöglicht oder die Voraussetzungen für die Antragstellung verbessert wurden. Auf Grund unterschiedlicher Regelungen und unterschiedlicher Genehmigungspraxis für Beamte bei Bund und Ländern nutzen beim Bund aber immer noch verhältnismäßig mehr Beamte die Möglichkeit der Altersteilzeit. Beim Bund waren 21 % der über 55-jährigen Beamten in Altersteilzeit, bei den Ländern und Gemeinden dagegen nur 8 % bzw. 9 %.

Die Zahl der Angestellten in Altersteilzeit stieg um 54 % und die der Arbeiter um 20 %. Von den Angestellten und Arbeitern im Alter von 55 Jahren oder älter haben beim Bund jeweils 18 % Altersteilzeit beantragt, bei den Ländern 15 % der Angestellten bzw. 13 % der Arbeiter und bei den Gemeinden 18 % bzw. 10 %. Für Angestellte und Arbeiter gilt bereits seit 1998 eine tarifvertragliche Regelung im gesamten Bundesgebiet. Eine Ursache für die immer noch wachsende Verbreitung der Altersteilzeit auch bei Angestellten und Arbeitern dürfte die Erweiterung des Kreises der Antragsberechtigten um Teilzeitbeschäftigte sein.



Der VLB wünscht allen Kolleginnen und Kollegen einen guten Start ins Schuljahr 02/03

Modellversuch AQUA:

Innovative Lehrerbildung

GENOVEVA HIENER,
MARKUS MÜLLER, ALFRED RIEDL

Die Lehrerbildung für berufliche Schulen sieht sich heute zwei großen Herausforderungen gegenüber: Zum einen muss sie vor dem Hintergrund immer kürzer werdender Innovationszyklen schnell und flexibel auf neue Inhalte und Berufe reagieren, um einen hohen Qualitätsstandard des Lehrpersonals zu sichern. Zum anderen muss sie für Universitätsabsolventen so attraktiv sein, damit diese den Weg ins Lehramt beschreiten und den hohen Bedarf an Lehrkräften decken. Der Modellversuch AQUA (Adressatenbezogene Qualifizierung: Qualitätssicherung und Attraktivitätssteigerung des Lehrerberufs an beruflichen Schulen) in Bayern untersucht, wie diesen Forderungen nachgekommen werden kann.

Träger des Modellversuchs AQUA ist das Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung (ISB). Die wissenschaftliche Begleitung liegt beim Lehrstuhl für Pädagogik an der Technischen Universität München (Prof. Andreas Schelten).

Im Rahmen des Modellversuchsprogramms „Innovative Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen“ der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) laufen derzeit 24 Modellversuche in elf Bundesländern. Neben AQUA arbeiten momentan vier weitere Modellversuche im Untersuchungsfeld „Neue Organisationsformen, veränderte Lernkulturen und erweiterte Kooperation in der 2. Phase der Lehrerbildung“, um neue und innovative Wege bei der Qualifizierung junger Lehrkräfte zu beschreiten.

Die Konzeption des Modellversuchs AQUA

AQUA läuft vom 1. Oktober 2001 bis zum 30. September 2004. Nach

einer konzeptionellen Vorlaufphase von einem Jahr beginnt mit dem Schuljahr 2002/03 ein zweijähriges AQUA-Referendariat für grundständig studierte Lehramtsanwärter. Ein zweiter Einstellungstermin für AQUA ist nicht vorgesehen. Für die im Modellversuch ausgebildeten Junglehrer gelten dieselben Rechte und Pflichten wie für alle übrigen Referendare. Unterrichtsverpflichtung, Vergütung, sämtliche zu erbringenden Prüfungsleistungen und damit auch der Abschluss mit der zweiten Staatsprüfung sind mit dem bisherigen und parallel zu AQUA laufenden Referendariat identisch, da sich AQUA im Rahmen von LPO II, ZALB und ALBS bewegt.

„Der wichtigste Punkt an AQUA ist, dass man wegkommt von der kollektiven hin zur individuellen Ausbildung, also adressatenbezogen, was den Probanden oder den Studenten betrifft, welche Vorbildung er mitbringt, wo er seine Stärken und Schwächen hat. Und der andere Adressat ist die Schule, wie sie geartet ist hinsichtlich der Schüler und Ausbildungsberufe. Wenn man diese beiden Dinge bestmöglich zusammenbringt, in diesen zwei Jahren, vielleicht noch ein bisschen in die dritte Phase rein, dann denke ich, ist die beste Effektivität einer Ausbildung zum Lehrerberuf erreichbar.“

(Zitat eines Schulleiters einer AQUA-Modellversuchsschule auf die Interviewfrage: „Welches sind für Sie die wichtigsten Punkte an AQUA?“)

Die Konzeption von AQUA sieht vor, dass die junge Lehrkraft und die ausbildende Schule bereits mit Beginn des Referendariats in ein langfristiges Personalverhältnis eintreten. Referendar und Schule erstellen

einen individuellen Personalentwicklungsplan. Dieser legt fest, welche Ausbildungsinhalte der Referendar neben den Pflichtmodulen im Rahmen weitreichender Wahlmöglichkeiten durchläuft. Dabei werden insbesondere die von jedem einzelnen Referendar bereits in die Ausbildung eingebrachten individuellen Kompetenzen besonders stark berücksichtigt. Weiter werden bei der Erstellung des Personalentwicklungsplans auch das spätere Einsatzgebiet der jungen Lehrkraft und damit die spezifischen Interessen der Schule berücksichtigt.

Da die Ausbildung innerhalb von AQUA auf ein langfristiges Personalverhältnis zwischen Schule und Referendar zielt, ist allen AQUA-Referendaren nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung eine Planstelle an der Ausbildungsschule zugesagt worden. Obwohl wünschenswert, heißt dies jedoch nicht zwingend, dass die ausgebildete Junglehrkraft an der Schule verbleiben muss. Ihre über den schulspezifischen Bereich hinaus breit angelegte Ausbildung befähigt sie ebenso, an allen beruflichen Schulen unterrichten zu können. Dies betrifft auch die Ausbildung im Zweifach, die wahlweise wie bisher im Zweifachseminar oder bei entsprechenden Möglichkeiten der Ausbildungsschule auch individuell dort erfolgen kann.

Durch die modularisierte Form der Referendarsausbildung in AQUA lassen sich möglicherweise Reisetage und zurückzulegende Entfernungen für Referendare reduzieren. Module können mit ihren Ausbildungsinhalten auch dezentral an einzelnen Schulen angeboten werden, an denen sich dann mehrere Referendare treffen. Die anfallenden Reisekosten übernimmt der Ausbildungsträger. Das Ausbildungskonzept sieht auch vor, in regelmäßigen Veranstaltungen für alle Referendare einen gemeinsamen Erfahrungsaustausch zu ermöglichen. Dadurch wird neben der frühen Integration in das Kollegium an ihrer Schule ein intensiver Austausch auch zwischen den AQUA-Referendaren gefördert.

Welche Ziele verfolgt AQUA?

- Der Vorbereitungsdienst wird weitgehend in die Verantwortung der Schule verlagert. Die Schule wirkt bereits bei der Rekrutierung des Nachwuchses mit und bildet junge Lehrkräfte gemeinsam mit außerschulischen Personalentwicklern entsprechend ihrem individuellen Kompetenzprofil und dem Profil der Schule aus.
- Leitend für die Qualifizierung der jungen Lehrkraft ist die spezifische, auf sie zukommende unterrichtliche und außerunterrichtliche Tätigkeit an ihrer Schule. An dieser Schule soll der Referendar/die Referendarin auch nach dem Vorbereitungsdienst in einem langfristigen Personalverhältnis verbleiben.
- Der Referendar/die Referendarin lernt bereits frühzeitig das zukünftige Kollegium kennen und kann sich vom ersten Tag an integrieren. Teamarbeit und kollegialer Austausch können bereits mit dem Beginn des Referendariats unter langfristiger Perspektive erfahren werden.
- Die Schule gewinnt eine Nachwuchskraft, die bereits während des individualisierten Vorbereitungsdienstes stärker als bisher in der Organisations-, Personal- und Unterrichtsentwicklung der Schule mitarbeiten kann.
- Für die junge Lehrkraft ergibt sich der Vorteil, dass bereits mit Beginn des Referendariats eine Einarbeitung in das später eigenverantwortlich zu unterrichtende Berufsfeld bzw. in die entsprechenden Berufe erfolgt.
- Auf das eigene Organisations-, Personal- und Unterrichtsentwicklungsprogramm einer Schule abgestimmt gilt es, eine junge Lehrkraft ihre Fähigkeiten aufbauen zu lassen und sie dabei (mentorgestützt) in die Schule zu integrieren.
- Die Ausbildung wird durch die modularisierte Form flexibler und individueller. Angebotene Module können sowohl von Lehrkräften der zweiten und dritten Phase als auch von Seiteneinsteigern in Anspruch genommen werden.

Damit zielt AQUA auf eine ganzheitliche und modulare Ausbildung, die sich individuell an den jeweiligen Kompetenzen der Referendarinnen und Referendare orientiert und gleichzeitig dem Bedarf an der Schule gerecht wird.

Zum Stand des Modellversuchs

Rekrutierung von Schulen und Referendaren

Im Herbst 2001 wurden alle 186 Berufsschulen in Bayern aufgefordert, bei entsprechendem Interesse sich zur Teilnahme an AQUA zu bewerben. 74 Schulen wollten am Modellversuch teilnehmen. 23 Schulen konnten in den Modellversuch einbezogen werden. Bei dieser Auswahl wurden Merkmale wie nachgefragter Fachbereich, Standort, Schulgröße und -struktur ausgewogen berücksichtigt.

Abgestimmt mit den Regierungen schrieben die Modellversuchsschulen 43 Stellen für AQUA-Referendare im Internet aus. Universitätsabsolventen für das höhere Lehramt an beruflichen Schulen und Diplomhandelslehrer konnten sich direkt an den Schulen auf diese Stellen bewerben. In den Bereichen Bautechnik sowie Ernährung und Hauswirtschaft wurden alle Stellen besetzt. Mangels Bewerber blieben eine Wirtschaft und Verwaltung-, vier Elektrotechnik- und drei Metalltechnikstellen vakant. Somit werden 35 Referendare den Vorbereitungsdienst in Form von AQUA durchlaufen.

Entwicklung von Ausbildungskonzept und Modulen

Seit Jahresbeginn beschäftigte sich ein Arbeitskreis mit der inhaltlichen, organisatorischen und zeitlichen Gestaltung der Ausbildung. Zu diesem gehören Vertreter des MV-Trägers, der wissenschaftlichen Begleitung, ein Seminarvorstand, Seminarlehrkräfte, schulinterne Personalentwickler, Schulleiter und ein Regierungsvertreter. Das erarbeitete Modulangebot umfasst für eine ganzheitliche und individuelle Qualifizierung über 40 Einzelmodule im Umfang von einigen Stunden bis

hin zu mehrtägigen Veranstaltungen. Inhaltlich wird ein breites Spektrum zu den Bereichen Unterrichtsgestaltung, Lehrerpersönlichkeit, rechtliche Grundlagen, Verwaltungstätigkeit, Deutsch sowie fachliche Qualifizierung angeboten.

Alle Module wurden vier Modulgruppen zugeordnet (M I – IV):

M I: Verpflichtend zu besuchende Module zu zentralen und innovativen Themenbereichen für den Beruf der Lehrkraft.

M II: Wählbare Module aus unterschiedlichen Themenbereichen mit Mindestbelegungspflicht.

M III: Frei wählbare, zusätzliche Module zu Themenbereichen der individuellen Fortentwicklung und fachlichen Spezialisierung.

M IV: Deutschmodule mit Mindestbelegung wie im bisherigen Umfang aus einem Wahlangebot.

Qualifizierung der schulinternen Personalentwickler

Um die schulinternen Personalentwickler adäquat auf ihre Aufgaben vorzubereiten fanden ein- und mehrtägige Schulungen u. a. zu folgenden Themenbereichen statt:

- Aufgaben des schulinternen Personalentwicklers,
- rechtliche Grundlagen der Ausbildung,
- Angebot an externen Qualifizierungsmodulen,
- Erstellung schulinterner Personalentwicklungspläne,
- Inplacement der Referendare,
- Beurteilung der Referendare,
- didaktische und methodische Aspekte der Unterrichtsgestaltung,
- zeitgemäße Unterrichtskonzeptionen,
- Medieneinsatz,
- Handlungsorientierung,
- Unterrichtsevaluation,
- Supervision.

Aufgaben der wissenschaftlichen Begleitung

Nach einer ersten, eher konzeptionellen Modellversuchsphase mit der Entwicklung und Ausgestaltung des zu erprobenden Qualifizierungskonzepts, ist mit Beginn der Ausbildung der zentrale Aufgaben-

bereich der wissenschaftlichen Begleitung die Evaluierung des gesamten Modellversuchs. Einzelne Untersuchungsaspekte sind:

- Motivation der Schulen zur Teilnahme am Modellversuch,
- Motivation der Referendare zur Teilnahme am Modellversuch,
- Attraktivität von Schulen für Bewerber,
- Attraktivität von Bewerbern für die Schulen,
- Entscheidungsprozesse bei Schulen und Referendaren in der Personalrekrutierungsphase,
- Verlauf von Qualifizierungsprozessen in der modularisierten Referendarsausbildung,
- Nutzungsanalyse der erstellten Qualifizierungsmodule auch für Seiteneinsteiger und die dritte Phase der Lehrerbildung.

Prozesse und Entwicklungsverläufe werden in diesem Modellversuch sowohl zusammenfassend aus einer Gesamtperspektive als auch anhand detaillierter Einzelanalysen in Form von Fallstudien explorativ untersucht (summativ Evaluation).

Zur Evaluation der Rekrutierungsphase wurden Interviews mit allen 23 Schulleitern der Modellversuchsschulen, Befragungen der 36 teilnehmenden AQUA-Referendare sowie allen weiteren Bewerbern für AQUA in Form von Fragebögen durchgeführt.

Zu erprobende Qualifizierungsmaßnahmen sowie organisatorische Rahmenbedingungen sollen durch eine möglichst frühzeitige und unmittelbare Rückkopplung von ersten Ergebnissen in den Mo-

dellversuch optimiert werden (formative Evaluation).

Ausblick

Die ersten gemeinsamen AQUA-Veranstaltungen für Referendare finden am 20. September 2002 in München und von 30. September bis 02. Oktober 2002 in Dillingen statt. Wir freuen uns auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit allen Beteiligten. 

Informationen zum Modellversuch unter: www.mv-aqua.de
Informationen zum BLK-Programm unter: www.innovelle-bs.de

„Wir bilden Zukunft — die beruflichen Schulen in Bayern“

Unter diesem Motto findet bekanntlich vom 22. bis 23. November 2002 in Passau der 6. VLB-Berufsbildungskongress statt. Wie üblich wollen wir unsere Leserinnen und Leser ein wenig auf die Kongressstadt vorbereiten. Dazu gehören die Darstellungen der beruflichen Schulen ebenso wie die Vorstellung der wichtigsten Sehenswürdigkeiten.

Kommen Sie nach Passau. Der VLB freut sich auf Ihren Besuch.



Die Staatliche Wirtschaftsschule Passau stellt sich vor:

Wege nach oben

HEINZ JÜRGEN BOTZLAR

Die 1913 gegründete Staatliche Wirtschaftsschule Passau ist eine der ältesten Schulen dieser Art in Bayern. Sie führt ihre Schüler zu einem mittleren Schulabschluss (sog. Mittlere Reife).

Bereits 1972 war die Schule Modellschule für computerunterstütz-

ten und -gesteuerten Unterricht. Mit über 500 Schülerinnen und Schülern haben wir angenehme Größenverhältnisse, wie durchschnittliche Klassenstärken von 27 Schülerinnen und Schüler bestätigen. Dazu kommt, dass bei mehreren Fächern (u. a. Datenverarbeitung, Textverarbeitung, Übungsfirmenarbeit) die Klassen geteilt sind.

Die Wirtschaftsschule besitzt eine zwei- und eine vierjährige Form und bietet bei der vierjährigen die Wahl zwischen dem kaufmännischen und dem mathematischen Zweig.

Der Spaß am Lernen, der alle Sinne anregen soll, steht im Mittelpunkt unseres Unterrichts. Durch handlungsorientierten Unterricht und Projektarbeit über Fächergrenzen hinweg wollen wir dies erreichen. Insbesondere in unseren vier Übungsfirmen wird dies bereits vorbildhaft durchgeführt.

Eintrittsmöglichkeiten

Vierjährige Wirtschaftsschule

Voraussetzungen: Abschluss der 6. oder 7. Klasse der Hauptschule, der Realschule oder des Gymnasiums.

Schüler/innen mit dem Gesamterteil „geeignet für die Wirtschaftsschule“ werden ohne Aufnahmeprüfung in die 7. Jahrgangsstufe übernommen, die übrigen Schüler müssen am Probeunterricht teilnehmen.

Zweijährige Wirtschaftsschule

Voraussetzungen: Qualifizierender Hauptschulabschluss und mindestens die Note 3 im Fach Englisch oder erfolgreicher Durchlauf der 9. Klasse des M-Zuges der Hauptschule, der Realschule oder des Gymnasiums oder bei nicht erfolgreichem Durchlauf der oben genannten Klassen im Jahreszeugnis der jeweiligen 9. Klasse in den Fächern Deutsch und Englisch mindestens die Note 4.

Wahlmöglichkeiten

Um den individuellen Ansprüchen gerecht zu werden, gliedert sich die vierjährige Wirtschaftsschule ab der 8. Jahrgangsstufe in zwei Ausbildungsrichtungen:

Fächergruppe H

(kaufmännische Richtung):

Verstärktes Angebot in wirtschaftskundlichen Fächern mit dem Wahlpflichtfach „Übungsfirmenarbeit“. Die Abschlussprüfungen werden in den Fächern Deutsch, Englisch, Betriebswirtschaft, Textverarbeitung und Rechnungswesen geschrieben.

Fächergruppe M

(mathematische Richtung):

Verstärkter Unterricht in mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern mit dem Wahlpflichtfach Chemie/Physik. Statt im Fach Rechnungswesen wird bei dieser Fächergruppe in Mathematik die Abschlussprüfung geschrieben. Die übrigen Fächer bleiben gleich.

Vorteile unserer Schule:

Die Wirtschaftsschule bietet den Schülerinnen und Schülern

- einen eigenen Computer-Arbeitsplatz in vier Textverarbeitungs- und zwei Datenverarbeitungssälen,
- einen Internetanschluss in Datenverarbeitung und Übungsfirmenarbeit,
- die praktische Anwendung der theoretischen Bildung in den vier Übungsfirmen, die ebenfalls mit Computern ausgestattet sind,
- die Möglichkeit zum Surfen und Chatten zwischen 7:30 und 7:55

Uhr in den beiden Fachräumen für die Datenverarbeitung,

- den höchsten Anteil an wirtschaftsbezogenem Unterricht aller Schularten,
- eine mögliche Verkürzung der Berufsausbildung in kaufmännischen Berufen um ein Jahr,
- viele Übertrittsmöglichkeiten an weiterführende Schulen (beispielsweise Fachoberschule),
- selbstständiges Arbeiten im Projektunterricht.

Anschrift: Neuburger Str. 96, 94032 Passau
Tel.: 0851/98 81 70, Fax: 0851/5 10 92
sekretariat@wirtschaftsschule-passau.de
www.wirtschaftsschule-passau.de

Staatliche Berufsschule II, Passau:

Leitziel Persönlichkeitsförderung

ERNST WEISER

An der BS II Passau werden z.Z. ca. 2250 Schülerinnen und Schüler in den Berufsfeldern Wirtschaft und Verwaltung und Gesundheit ausgebildet. Diese Zahl weist die Passauer Schule als die größte kaufmännische Berufsschule in Niederbayern aus.

Nach unserem schulischen Selbstverständnis stehen diese Schülerinnen und Schüler im Mittelpunkt unserer Arbeit, sie sollen für die Arbeitswelt von morgen ausgebildet werden. Neben der hohen fachlichen Qualifikation wird eine zeitgemäße Förderung der Schülerpersönlichkeit angestrebt. In un-

serer Schule soll Lernen und Lehren allen Beteiligten Freude bereiten, das ist unser Vorsatz.

Ausbildungsberufe

In 95 Klassen werden 16 verschiedene Berufe ausgebildet:

Klassiker:

Kaufmann im Einzelhandel, Verkäufer, Bürokaufmann, Kaufmann für Bürokommunikation, Kaufmann im Groß- und Außenhandel.

Spezialisten:

Bankkaufmann, Speditionskaufmann, Industriekaufmann, Arzt- und Zahnarzthelferin bzw. Zahnmedizinische Fachangestellte, Pharmazeutisch- kaufmännische Ange-



Die größte kaufmännische Berufsschule in Niederbayern: die BS II in Passau.

stellte, Steuer- und Verwaltungsfachangestellter.

Neue Berufe:

Automobilkaufmann, Informatikkaufmann, Informations- und Telekommunikationssystemkaufmann.

Schulische Schwerpunkte

Handlungsorientierung und Fächerübergreifung:

Speziell im Bereich Einzelhandel soll mehr Praxis in den Unterricht gebracht werden um junge Schüler zum selbständigen Lernen zu führen.

Qualifizierung mit SAP R/3:

Eine zusätzliche Qualifikation für Azubis der IT-Berufe in Verbindung mit dem SAP-Hochschulkompetenzzentrum der Uni Passau.

Schule ohne Rassismus:

In einem langfristig angelegten Projekt verpflichten sich Lehrer und Schüler aktiv allen rassistischen Aussagen und Handlungen entgegenzutreten.

Banking in Britain:

Eine Zusatzausbildung für Bankkaufleute an einem College in London mit Zertifizierung.

Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme:

In Kooperation mit dem Arbeitsamt und mit Unterstützung eines Sozialpädagogen sollen die beruflichen Bildungs- und Eingliederungschancen betreuungsbedürftiger Jugendlicher gezielt gefördert werden.

Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung

Auf der Basis des EFQM-Modells wird die Qualität der schulischen Bildungsarbeit regelmäßig und systematisch in einer Selbstbewertung mit externer Unterstützung überprüft. Das EFQM-Modell wurde gemeinsam mit den Kollegen der BS I Passau und Vilshofen im Frühjahr 2001 als Grundmodell der Schulentwicklung installiert.

Anschrift:

Am Fernsehturm 2, 94032 Passau
Tel.: 0851/95 91-400, Fax: 0851/95 91-444
verwaltung@bs2pa.de
www.bs2pa.de

Sehenswürdigkeiten in Passau

• **Dom St.Stephan**

Diese Kathedrale wurde nach dem Stadtbrand von 1662 unter Einbeziehung von Chor, Querhaus und Vierungsturm des gotischen Vorgängerbaus (1407 - 1560/70) im italienischen Barockstil erbaut. Einst war sie die Mutterkirche des größten Bistums und christlichen Donaupraumes. Hier erklingt die größte Domorgel der Welt, die aus fünf Einzelorgeln mit 17.774 Orgelpfeifen und 233 Registern besteht.

• **Neue Bischöfliche Residenz**

Das ehemalige Fürstbischöfliche Palais, erbaut Anfang des 18. Jahrhunderts, zeigt Schätze aus der großen Vergangenheit des Bistums. Sehenswert sind das Rokokotreppenhaus und das Dom-schatz- und Diözesanmuseum.

• **Altstadt und Dreiflüsseck**

Die Altstadtkulisse zwischen Dreiflüsse-Eck und Zentrum formen malerische Plätze wie Dom-, Residenz- und Rathausplatz, verwinkelte Gassen, bezaubernde Promenaden und die Türme von Kirchen- und Bürgerbauten. Am Dreiflüsse-Eck steht man inmitten eines bezaubernden Naturschauspiels - dem Zusammenfluss von Donau, Inn und Ilz an einer Stelle.

• **Veste Oberhaus**

Nach Erlangung der Reichsfürstentumswürde begann Bischof Ulrich II. mit dem Bau einer Burganlage auf dem Felsenmassiv hoch über Donau und Ilz. Durch Aus- und Anbauten bis ins 19. Jahrhundert entstand eine der mächtigsten deutschen Burganlagen mit Basteien, Türmen, Vor- und Hauptburggebäuden. Sie beinhaltet somit Stilelemente der Gotik, der Renaissance und des Barock. Bis 1803 repräsentierten hier die Fürstbischöfe ihre weltliche Macht. In über 50 Räumen ist heute das „Kulturhistorische Museum“ der Stadt Passau untergebracht. Die Kulissen der Burghöfe bieten eine eindrucksvolle

Atmosphäre für Open-Air-Veranstaltungen und der Rittersaal des spätgotischen Schachnerbaues dient für Empfänge. Ein herrlicher Ausblick auf das Dreiflüsse-Eck, die historische Stadt und das Umland erwartet die Besucher.

Geöffnet: Mo. bis Fr. 9-17, Sa., Sonn- und Feiertage 10-18 Uhr (Januar und Februar geschlossen).

• **Rathaus**

Bürgergebäude aus dem 14. Jahrhundert. Der zu Beginn des 15. Jahrhunderts errichtete Saalbau erhielt nach den Stadtbränden von 1662 und 1680 eine barocke Neugestaltung in einen großen und kleinen Rathaussaal durch die Dombaumeister Lurago und Carlone. Die Ausmalung mit Passauer Stadt- und Geschichtsbildern erledigte der Historienmaler Ferdinand Wagner um 1890. Beachtenswert sind das Großfresko an der Nordfassade zur Donau und die Hochwassermarken am Rathaussturm.

• **Klosterkirche Niedernburg**

Gegründet als Frauenkloster um 740 n. Chr. wurde das Niedernburger „Abteiland“ an der Ilz im 12. Jahrhundert Grundstock des Passauer Fürstentums. Hochgrab der Seligen Gisela (+ 1065), der ersten christlichen Ungarnkönigin.

• **Jesuitenkirche**

Auch Michaels- oder Studienkirche genannt. Entstanden im Barockstil nach dem Stadtbrand von 1662 als Klosterkirche der Jesuiten. Sie verleiht mit dem ehemaligen Kolleg der Innpromenade die typische italienische Schauansicht Passaus. Das Wahrzeichen der Promenade - der Schaiblingsturm - steht für die große Vergangenheit Passaus als Umschlags- und Handelsplatz für alpines Salz nach Böhmen und in den Donauostern über Wien.

Weitere Empfehlungen folgen in der nächsten Ausgabe von VLB-akzente.

Spam-Attacke auf den VLB

Spamming ist der massenhafte Versand von E-Mails ohne Einwilligung des Absenders bzw. Empfängers.

Opfer dieser Unsitte im Internet wurde ab dem 26. Juli auch der VLB. Unbekannte Hacker versandten im Namen des VLB massenhaft Werbe-E-Mails an Empfänger bei rund zwanzig weltweiten E-Maildiensten (Yahoo, Hotmail usw.). Der Versand selbst erfolgte anonym über gehackte Server von Brasilien bis Japan, de-

ren Betreiber offenbar von der Attacke nichts ahnen. Zwar konnte der Versand nur eingedämmt werden, jedoch wurden einige Internet-Seiten, auf die E-Mails verwiesen vom amerikanischen Registrierungs-dienst „abgeschaltet“.

In diesem Zusammenhang stellte sich nicht nur heraus, dass derartigen Attacken juristisch „keinerlei Kraut gewachsen ist“. Vielmehr sind offenbar Provider und insbesondere deutsche Internet-Dienstleister

von der Problematik restlos überfordert. Teils scheint es, dass dieses Problem bewusst totgeschwiegen wird.

Distanzierung

Unabhängig davon, dass die VLB-email-Adressen missbraucht wurden, distanziert sich der VLB an dieser Stelle ausdrücklich von derartigen Praktiken und von den Inhalten der in den Mails verlinkten Internet-Angebote. *Johannes Münch*

Landesverband

ALP Direktor Thomas Sachsenröder beim VLB-Hauptvorstand:

Zwischen Erfurt und PISA

In seiner letzten Hauptvorstandssitzung vor den Sommerferien Anfang Juli in Feuchtwangen konnte der VLB Thomas Sachsenröder, Direktor der ALP Dillingen, als Gast begrüßen.

Der HV hatte damit die Möglichkeit aus erster Hand aktuelle Informationen zur Lehrerfortbildung zu erhalten, die als eine zentrale Aufgabe im Rahmen der Kompetenzerhaltung und -erweiterung der Lehr-

kräfte zu sehen ist. "Zwischen Erfurt und PISA", so umriss Sachsenröder das neue Schwerpunktprogramm der ALP für das Schuljahr 2003/04.

Schwerpunkte werden sein (siehe auch Übersicht 1):

- Unterrichtsqualität
- Personalentwicklung
- Medienerziehung
- Schule als Lebensraum.

Interessant für uns Lehrer an beruflichen Schulen war zu hören, dass jede Lehrkraft durchschnittlich an fünf Fortbildungstagen im Jahr teilnimmt. Nicht miteinbezogen sind dabei SchiLF-Fortbildungen.

Schwerpunktprogramm für die Lehrerfortbildung in den Jahren 2003/2004

Das Schwerpunktprogramm bildet einen Orientierungsrahmen für die gesamte Lehrerfortbildung auf allen Ebenen. Es beschreibt Schulart- und fächerübergreifend pädagogische Themen und Aufgabenfelder, zu denen in beiden Jahren bevorzugt Fortbildung angeboten wird. Die Umsetzung des Schwerpunktprogramms erfolgt unter Berücksichtigung der schulartspezifischen Bildungsziele und Anforderungen.

Schwerpunkte:

Unterrichtsqualität, insbesondere

- neue Lehr- und Lernformen,
- neue Aufgabenformen
- neue Formen der Evaluation

Personalentwicklung, insbesondere

- Qualifizierung pädagogischer Führungskräfte
- Qualifizierung für berufsbezogene Beratung und regionale Unterstützungsaufgaben
- Bewältigung beruflicher Belastungssituationen

Medienerziehung, insbesondere

- Medieneinsatz
- Virtuelle Lern- und Arbeitsformen (E-Learning, virtuelle Teambildung)
- Qualifizierung der Medienpädagogisch-informationstechnischen Berater (MIB)

Schule als Lebensraum, insbesondere

- Soziales Lernen
- Interkulturelles und interreligiöses Lernen
- ästhetische Erziehung
- Umwelterziehung
- politische Bildung
- Öffnung der Schule zum gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Umfeld



Direktor Thomas Sachsenröder bei der Vorstellung der ALP

Übersicht 1

Ziel der ALP wird es sein, das Angebot der bisherigen Auftragsfortbildung (40 %) zu Lasten der Angebotsfortbildung (60 %) zu vergrößern. Grund dafür ist, so Sachsenröder, dass sich die Lerninhalte in zunehmenden Maße verändern und damit sehr kurzlebig sind. Hierauf will die Akademie verstärkt reagieren und ein entsprechendes Bedarfsangebot anbieten.

Wie dieses Fortbildungsangebot in Dillingen mit Themen und Zielgruppen organisiert ist, verdeutlicht die Übersicht 2.

Fort- und Weiterbildung in der ALP

Organisation:

- Wochenlehrgänge
- Halbwochenlehrgänge
- Sequenzlehrgänge
- Großveranstaltungen

Themen:

- Unterricht
- Erziehung
- Schulentwicklung
- Personalführung

Zielgruppen:

- Funktionsträger
- Multiplikatoren
- Führungskräfte

Dazu einige Zahlen:

- ca. 17 000 Teilnehmer/innen p.a.
- ca. 1 100 Lehrgänge p.a.
- 125 Mitarbeiter
davon 35 Dozenten/innen
- ca. 3 000 Gastdozenten
- 280 Betten

Übersicht 2

Der Bereich berufliche Schulen/IT stellt sich dabei so wie in Übersicht 3 skizziert dar.

Abteilung Berufliche Schulen /IT

- 5 Dozenten
- 93 berufliche Lehrgänge
- 23 schulübergreifende Lehrgänge
- ca. 2.130 Teilnehmer p. a.
- IT-Beratung

Übersicht 3

Zum Schluss seiner Ausführungen ging Direktor Sachsenröder noch auf die Entwicklungsschwerpunkte in der Lehrerfortbildung

Entwicklungsschwerpunkte in der Lehrerfortbildung

- Aufbau einer bayerischen Fortbildungsdatenbank
- Ausbau der Auftragsfortbildung (training on demand)
- Systematisierung der Bedarfserhebung
- Verbesserung des Wirkungsgrades durch erweiterte Evaluation
- Ausbau der Online-Angebote

Übersicht 4

ein. (siehe Übersicht 4). Durch den sich abzeichnenden Wandel, was das Lernen angeht, ist die ALP in Verhandlungen mit der VHB - Virtuelle Hochschule für Bayern - um für Lehrkräfte einen Zugang zum VCB - Virtueller Campus Bayern - zu erreichen. Der VCB würde uns Lehrkräften den Zugang zu Fortbildungsangeboten der Wirtschaft öffnen.

Direktor Sachsenröder gelangen es, die Strukturen und Aufgabenschwerpunkte der ALP in der gebotenen Kürze darzustellen. In der anschließenden Diskussion hatte der HV die Möglichkeit, den einen oder anderen Aspekt vertiefend zu hinterfragen.

Mit Direktor Sachsenröder wurde vereinbart, dass die ALP in VLB akzente eine regelmäßige Rubrik erhält, in der über Aktuelles rund um die regionale Lehrerfortbildung informiert wird.

Weitere Themen

Weiterhin wurde in der HV ausführlich über die Informationsfahrt des VLB in die Schweiz diskutiert (siehe S. 6). Auch der Berufsbildungskongress in Passau (siehe S. 24) warf seine Schatten voraus. Im HV wurde über den aktuellen Organisationssachstand berichtet und die weiteren Schritte festgelegt.

VLB-Landesvorsitzender Hermann Sauerwein gratulierte den beiden wiedergewählten Hauptpersonalräten Ingrid Heckner und Horst Hackel. Die Bezirksvorsitzenden bat er, allen Kandidaten und gewählten Orts- und Bezirkspersonalräten für ihren Einsatz für den VLB zu danken.

Martin Ruf

Bezirks- und Kreisverbände

KV Oberpfalz-Nord

Gewalt, Drogenmissbrauch und Rechtsradikalismus an Schulen - Kontaktbeamter der Polizei informiert

Die VLB-Mitglieder des Kreisverbandes Oberpfalz-Nord hatten sich bei der letzten Veranstaltung im Schuljahr 2001/2002 mit dem Thema „Gewalt, Drogenmissbrauch und Rechtsradikalismus an Schulen“ beschäftigt.

Als Gäste waren MdL Marianne Schieder, (SPD), zugleich Vorsitzende im Bildungsausschuss des Bayerischen Landtages sowie MdL Georg Stahl, (CSU), ebenfalls Mitglied in diesem Ausschuss, anwesend.

Der Kreisvorsitzende Michael Bäumler stellte einführend fest, dass die Ereignisse von Erfurt alle emotional berührt hätten. Es sei aber wichtig keine Vorurteile zu bilden, sondern sich über die Hintergründe zu informieren. Dazu hatte er den Kriminalhauptkommissar Werner Melchner vom Kommissariat Staatsschutz in Weiden, eingeladen.

KHK Melchner, gleichzeitig Jugendkontaktbeamter der Polizeiinspektion Weiden, erklärte den Lehrern die verschiedenen Arten von Gewaltdelikten. Es sei auch offensichtlich, dass Rechtsradikalismus mit Gewalt bei Jugendlichen zusammenhängt.

Der Polizeibeamte ging auf unterschiedliche, rechtsorientierte Gruppen ein und machte darauf aufmerksam, welche Merkmale deutliche Kennzeichen dafür seien: kurze Haare, hochgekremelte Jeans, Springerstiefel, Bomberjacken und T-Shirts der Marken „Lonsdale“ und „Consdaple“. Melchner wies auch auf rechtsradikales Liedgut und bekannte Embleme sowie Symbole hin, auf die Lehrer achten sollten.

Auf die Frage, ob es solche Vorfälle wie in Erfurt auch an Schulen in



KHK Werner Melchner, MdL Georg Stahl (3. v. links), Kreisvorsitzender Michael Bäumler und MdL Marianne Schieder.

der Oberpfalz geben könnte, antwortete Melchner mit einem deutlichen „Ja.“ Nachahmungstäter würden durch Filme wie „Scream“ und Computerspiele wie „Counter-Strike“ gerade dazu trainiert. Dabei wies er auch auf das neue, verschärfte Waffenrecht hin.

Er forderte die Lehrer auf in Sachen „Drogen“ die Augen offen zu halten. Besonders gefährlich seien LSD- und Ecstasy-Tabletten.

MdL Georg Stahl sagte, dass alle an einem Strang ziehen, wenn es um die Bildungspolitik und Probleme, nicht nur in der Oberpfalz gehe. „Gewalt an Schulen darf auf keinen Fall salonfähig werden.“ Man müsse auf Alarmsignale wie Erfurt eingehen. Er gab zu bedenken, dass Gewalt nicht salonfähig werden dürfe und für eine Lösung ein parteiübergreifender Konsens nötig sei. So forderte er, Familie und Werte wieder in den Mittelpunkt zu rücken. Es sei nicht angebracht, Kritik an Pädagogen zu üben, da die Familie bei der Erziehung immer noch die zentrale Rolle spiele und die Schule die Versäumnisse des Elternhauses nicht aufholen könne.

MdL Marianne Schieder wies darauf hin, dass im Bereich der Schule und bei der Erziehung der Kinder und Jugendlichen die Verantwortung der Eltern gefordert ist.

Nach ihrer Aussage werden Defizite in den Familien nicht mehr kompensiert so wie früher (durch die Großfamilien) und daher kommen einige Eltern ihrer Erziehungsaufgabe nicht mehr nach und es ist auch kein Ersatz gegeben, z.B. durch Großeltern. Diese Veränderungen wirken sich nachhaltig bis in den Bereich der Schulen aus und so sollte diese gesellschaftliche Problematik nicht unterschätzt werden.

Die Ganztagschule sei eine Möglichkeit Probleme zu lösen und könne ein Angebot sein, jedoch nicht flächendeckend, sondern bedarfsgerecht.

Einige Lehrkräfte führten im Rahmen der Diskussion der Probleme u. a. die sehr großen Klassen mit bis zu 35 Schülern an, ferner, dass der Kontakt der Eltern mit der Schule rückläufig sei und das Interesse sowie die Mitarbeit von Eltern an der Ausbildung der Schüler gering wäre.

MdL Schieder stellte fest, dass die Elternpflichten rechtlich verankert sind. Gleichzeitig meinte sie aber, dass die Erziehung nicht nur von der Berufstätigkeit der Eltern abhängt. Die Schulen leisten ihrer Meinung sehr gute Arbeit, jedoch wäre ein intensiveres Zusammenwirken aller wünschenswert. Als Auftrag an die Politik wurde ihr mit auf den Weg gegeben, den Beruf des Lehrers, insbesondere auch an beruflichen Schulen wieder attraktiver zu machen. Bildung müsse wieder einen höheren Stellenwert genießen, wofür notwendige, weitere Finanzmittel aufgebracht werden müssen. Das wäre für kleinere Klassen und mehr Lehrkräfte besonders nötig.

„In die Bildung müsse noch mehr Geld investiert werden, anstelle die Neuverschuldung im Haushalt auf Null zu reduzieren!“, so die Meinung der Abgeordneten. „Das Gespenst der sinkenden Schülerzahlen trifft für den gymnasialen und beruflichen Schulbereich nicht zu. Es sind somit Lehrerstellen zu schaffen!“

Es wäre falsch hier Einsparungen vorzunehmen und Teilzeit sowie Altersteilzeit zurückzufahren. Besser wäre eine gute Altersmischung an

den Schulen, denn hierdurch könnte auch der Krankenstand reduziert werden.

Zu der Diskussion um Kompetenzzentren meinte MdL Schieder: „Ein deutliches Beispiel, dass Bildungspolitik manchmal in Schubladen gemacht wird.“ Sie verwies darauf, dass Bayern ein Flächenstaat ist und in der Oberpfalz das Konzept nicht wie in Städten umsetzbar sei. Es wird große Herausforderungen der Schulpolitik im ländlichen Raum geben. Die bestehenden Vorstellungen halte sie aber für abenteuerlich, vor allem wenn man den Inhalt hinterfragt. *Michael Bäumler*

KV Augsburg

Berthold Schuler referierte zu Altersteilzeit und Altersversorgung

Am 18. Juni 2002 referierte der Ehrenvorsitzende des VLB und Seniorenvertreter, Berthold Schuler, anlässlich einer Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Augsburg zu den beiden oben genannten Themen.

Der Referent erläuterte zunächst ausführlich die Altersteilzeit, für die sich etwa 40 % der anspruchsberechtigten Lehrer entschieden (im Verwaltungsbereich ca. 30 %). Wer in absehbarer Zeit vor der Frage stehe, ob er für sich Altersteilzeit beantragen solle, habe zwei Möglichkeiten: die Blockregelung oder die verminderte Stundenzahl. Es sei nicht sicher, dass die gegenwärtigen Regelungen unbegrenzt weiter gelten, es wäre wohl richtig, die Entscheidung nicht hinauszuschieben.

Mit Informationen zum Antragsruhestand leitete Schuler zum zweiten Thema über. Seit langem werde die Beamtenbesoldung durch Nullrunden oder Kürzungen verschlechtert. Diese Verschlechterungen wirkten sich auch auf die Ruhegehälter aus. Mit dem Versorgungsänderungsgesetz 2001 sei nun die Beamtenversorgung an die Kürzungen im Rentenbereich angepasst worden.

Der Schwerpunkt der Kürzungen wäre die schrittweise Absenkung

Referate und Fachgruppen

des Versorgungsniveaus von maximal 75 auf maximal 71,75 % (der ihrerseits gebremsten Bezüge der Aktiven), ein weiterer Schwerpunkt die Absenkung des Witwer/Wetwengeldes von 60 % auf 55 % im Regelfall, und dies auch wieder von gebremsten Bezügen, siehe oben.

Die Pensionen würden deutlich höher belastet als die Renten, insbesondere, wie im Beamtenbereich die vollen Versorgungsbezüge gekürzt würden, wogegen etwa Betriebsrenten verschont blieben.

Schließlich ging Schulter auch auf die „Riestertauglichkeit“ der Beamten ein.

Für alle wurde deutlich, dass Besoldungskürzungen Auswirkungen auf die Versorgungsbezüge haben, also nicht nur die aktiven Kollegen betreffen, dass aber die heute noch aktiven Kollegen, oft schon in wenigen Jahren, von den Versorgungskürzungen betroffen sein werden. Und klar wurde auch: Die Abwehrkämpfe der Verbände gegen weitergehende Kürzungen der Bezüge (aktiv/Ruhestand) dienen sowohl den Kollegen, die noch aktiv sind, als auch jenen, die schon den wohlverdienten Ruhestand genießen.

Die Mitglieder, die trotz der tropischen Hitze (wir hatten mit unserem Termin gerade die Junihitzewelle 2002 erwischt) in beachtlicher Zahl gekommen waren, dankten dem Referenten für seine ausführlichen und sachkundigen Ausführungen – die zunächst trocken scheinende Materie entpuppte sich als spannend lebensnah – mit lebhaftem Beifall.

Der Zufall wollte es, dass die Pensionisten aus dem staatlichen Bereich gerade recht zu unserer Veranstaltung aus dem Finanzministerium ein Informationsschreiben mit Beilage erhalten hatten, worin die Neuregelungen der Beamtenversorgung einerseits im Überblick und – in der Beilage – im Detail dargestellt wurden.

Darin war nachzulesen, dass die Beamten/Pensionisten nach Auffassung zahlreicher Sachverständiger überproportional belastet würden. *Günter Hermannsdörfer*

**Wirtschaftsschulen:
Eggenfelder Schule vor dem Aus:**

Schulschließung - letzte Chance zur Rettung der Gemeindefinanzen?

„Wirtschaftsschule bald ein Auslaufmodell? Bürgermeister Werner Schießl plant mit Billigung von FWG und CSU Eingliederung in Realschule und Hauptschule“ titelte der Rottaler Anzeiger am 4. Juli 2002. Die „Eingliederung“ würde die Schließung der städtischen Wirtschaftsschule in Eggenfelden bedeuten!

Was ist geschehen?

Die Stadt Eggenfelden führt seit 1981 eine kommunale Wirtschaftsschule, die damals von der SPD geführten Stadtregierung eingerichtet wurde. Für diese Schule trägt die Gemeinde sowohl Sach- als auch Personalaufwand. Bei allen anderen Schulen fällt für die Gemeinde Eggenfelden lediglich der Sachaufwand der Hauptschule an. Seit zwei Monaten wurde die SPD Mehrheit durch eine FWG/CSU-Koalition in der Führung der Stadt abgelöst.

Bürgermeister Werner Schießl (34 Jahre, FWG), der sich seit 2 Monaten im Amt befindet, spürt deutlich Sparzwänge. Damit steht er aber nicht allein. Harte Einschnitte auf der Einnahmenseite führten dazu, dass Gemeinden an den Rand ihrer Existenz gedrängt wurden. Man bedenke dabei nur beispielsweise den Wegfall der Gewerbesteuer oder die Verlagerung von Gewinnen von ortsansässigen Unternehmen an andere Standorte. Wenn dazu - vor allem in Großstädten - zunehmend Industrieverlagerungen vorgenommen werden und die ansässigen Firmen kaum mehr Gewerbesteuer zahlen, ergibt sich ein Einnahmeproblem, das kaum mehr durch Einschränkung der Ausgaben kompensiert werden kann. Was allerdings geleistet werden kann, ist die Schwerpunktset-

zung in Gemeindehaushalten. Dies beinhaltet in der Folge aber auch, festzulegen, wo Einsparungen vorgenommen werden können. Diese Festlegung ist originäre Aufgabe der Stadt- und Gemeinderäte und sollte in großer Verantwortung wahrgenommen werden.

Wieso versucht man gerade bei Wirtschaftsschulen zu sparen?

Weiterführende Schulen zählen zu den freiwilligen Aufgaben einer Gemeinde. Schießl hat nach dem Motto - bevor ein Freibad geschlossen wird, mache ich eine (erfolgreiche) Schule dicht - festgelegt, seine politischen Schwerpunkte abseits des Bereichs Bildung zu setzen. Eine Entscheidung, die auch für die Wähler in Eggenfelden nur schwer nachvollziehbar ist, spricht er sich jetzt gegen ein zugkräftiges schulisches Angebot für die Jugend Eggenfeldens aus, obwohl er im Vorfeld der Wahlen im Rahmen einer Podiumsdiskussion ein öffentliches Bekenntnis für die Wirtschaftsschule abgelegt hatte. Er richtet sich damit auch gegen einen Beitrag zur Standortsicherung in der Region. Die Vielzahl der Leserbrief im Rottaler Anzeiger machen die Stimmung zugunsten der Wirtschaftsschule überdeutlich.

Wieso wird dennoch dieser Weg, der eher Wählerstimmen kostet, gegangen? Deutlich beschreibt der Kommentar im Rottaler Anzeiger vom 6. Juli einen Grund:

„Alle Grausamkeiten im ersten Jahr, dieser Vorgehensweise befließigen sich Polit-Haudegen: Alles, was Widerspruch erregen könnte, am besten gleich zu Beginn einer Amtsperiode durchziehen, wenn nach Jahren die Wiederwahl ansteht, ist die Chose längst gegessen und vergessen.“

Bestärkt fühlt sich der Bürgermeister zudem in der Tatsache, dass nur die Minderheit der Wirtschaftsschüler aus Eggenfelden kommt. Damit wird erwartet, dass sich der Aufschrei der Entrüstung der

Wählerschaft in Grenzen hält. Der Zukunftsaspekt, dass nicht absehbar ist, welcher Schüler später in Eggenfelden wohnt oder arbeitet oder auch nur einkauft, wird dabei völlig außer Acht gelassen.

Bei der Attacke auf die Wirtschaftsschule handelt es sich also um eine rein monetär motivierte Maßnahme. Das Wohl der Jugendlichen wird dabei nicht beachtet. Es bleibt zu hoffen, dass die Maßnahme durch den Stadtrat nicht vollzogen wird, denn ein Verzicht auf fundierte, auf das Berufsleben gerichtete schulische Bildung, rächt sich spätestens mittelfristig. Der Spareffekt, auf den hier gesetzt wird, bezieht sich lediglich auf Teile der Personalkosten, die bei kommunalen Wirtschaftsschulen nur zu 60 % vom Freistaat erstattet werden. Übrigens auch eine bayerische Besonderheit, da in allen anderen Bundesländern die Lehrerkosten zu 100 % vom Land getragen werden.

Ebenso ist es naiv, zu glauben, der Freistaat würde die Gemeinde Eggenfelden durch Übernahme der Schule und/oder Lehrkräfte entlasten. Würde dieser Fall eintreten, würde sicher die Schar der kommunalen Kämmerer verlangen, ebenso mit allen anderen Schulen in kommunaler Trägerschaft zu verfahren. Ein Ansinnen, das für den Freistaat nicht finanzierbar wäre. Bei einer nicht zu erwartenden Übernahme der Lehrkräfte wären übrigens dennoch die bisher angefallenen Rentensprüche der beamteten Lehrkräfte durch die Gemeinde zu tragen.

Die weitere Idee Schießls, ein „kalte“ Verstaatlichung der Schule durch die Übernahme des Angebots der Wirtschaftsschule durch Real- oder Hauptschule zu erreichen, zeugt dazu von großer Unkenntnis des Schulrechts. Die Schularten sind in den momentan bestehenden Formen im BayEUG erst vor kurzem erneut festgeschrieben worden. Eine Neugestaltung der beiden Schularten wie auch eine Abschaffung der Wirtschaftsschule stehen also nicht zur Debatte.

Wenn die Weitsicht unserer politischen Vertreter fehlt, liegt es an

den Betroffenen (Lehrkräfte, Schüler, Eltern, Ehemalige und Freunde der Wirtschaftsschule), diese wieder herzustellen. Sollten die politisch Verantwortlichen den vielen Argumenten für die Wirtschaftsschule, die jeden Tag in der Presse vor Ort lesbar sind nicht zugänglich sein, dann überzeugt sie vielleicht doch die Tatsache, dass ein Auslaufen der Schule gefährlich nahe an den nächsten Wahltermin heranrückt. Aufgrund der Vielzahl der Reaktionen in der Presse bin ich mir sicher, dass in diesem Falle die Wählerschaft in Eggenfelden sehr wohl wüsste, wo sie ihr Kreuz nicht setzen wird.

Die in der ARGE Bayerische Wirtschaftsschule zusammengeschlossenen Verbände (Direktorenvereinigung, Verband der Lehrer an beruflichen Schulen, Landeselternvereinigung, Verband der Privatschulen) werden alle Möglichkeiten nutzen, die Schließung der Wirtschaftsschule Eggenfelden zu verhindern!

Fachgruppe FOS/BOS: Schülerzuwachs und Personalengpass

Über mangelnden Zulauf können sich die Fachoberschulen und Berufsoberschulen nicht beklagen: Aufgrund der gestiegenen Anmeldezahlen ist für das Schuljahr 2002/2003 in der 11. Jahrgangsstufe der FOS mit über 10% Zuwachs zu rechnen, die BOS 13 kommt sogar auf + 39 % (BOS 12: + 20 %; Vorstufe: + 16 %). Die Schülerzahlprognosen des Kultusministeriums liegen weit unter diesen Werten. Die daraus resultierenden Probleme waren eines der Diskussionsthemen beim Treffen der Fachgruppe FOS/BOS am 6. Mai 2002.

Die für das nächste Schuljahr an den staatlichen Schulen in Bayern insgesamt zur Verfügung stehenden zusätzlichen Lehrerplanstellen wurden bereits vor Auswertung der Anmeldezahlen auf die verschiedenen Schularten verteilt. Weil für die berufliche Oberstufe eine viel zu kleine Zahl von Stellen vorgesehen

ist, muss hier mit einem kaum zu bewältigenden Personalengpass gerechnet werden; landesweit droht eine Budgetlücke von fast 11 %.

Weil dies zu einer nicht akzeptablen Beeinträchtigung der Lernchancen der Schüler/innen in der beruflichen Oberstufe führen würde (kein Wahl- und Ergänzungsunterricht, Ausfall von Pflichtunterricht, sehr große Klassen), müssen kurzfristig zusätzliche Finanzmittel bereitgestellt werden. Mittel- und längerfristig müssen Konsequenzen aus der wiederholt gemachten Erfahrung gezogen werden, dass die Entwicklung der Schülerzahlen an der beruflichen Oberstufe nicht verlässlich zu prognostizieren ist: Ein hinreichend großer Teil der für alle Schularten insgesamt verfügbaren zusätzlichen Planstellen sollte erst dann definitiv den einzelnen Schularten zugewiesen werden, wenn aktuelles Zahlenmaterial vorliegt.

Zum Schuljahr 2002/2003 werden an vier Standorten neue Fachoberschulen eingerichtet. Dies wird nicht nur im Hinblick auf die aktuelle Personalknappheit, sondern auch wegen der an den neuen Standorten zu erwartenden niedrigen Schüler- und Klassenzahlen mit Skepsis betrachtet: In sehr kleinen Schuleinheiten bestehen für die Kolleginnen und Kollegen naturgemäß nur sehr begrenzte Möglichkeiten des qualitätssichernden innerschulischen fachlichen Diskurses.

Die Erfahrungen mit der dienstlichen Beurteilung 2001 und die auch in der Presse vielfach geäußerte harte Kritik an der Umsetzung der neuen Richtlinien - insbesondere die Vorgabe eines Durchschnittswertes - wurden ausführlich diskutiert. In diesem Zusammenhang wurden auch die schon im Februar im Landtag eingebrachten Dringlichkeitsanträge zur Reform des Beurteilungssystems kurz vorgestellt.

Im Zuge der örtlichen Schulentwicklung wird allgemein das eigenverantwortliche Arbeiten der Schüler gefördert. Wiederholt hat sich die Fachgruppe mit der Frage

befasst, wie flankierend dazu auch schulrechtliche Bestimmungen in der Weise modifiziert werden können, dass sie verstärkt als Anreize zu lernerfolgsförderndem Verhalten wirksam werden. In diesem Sinne wird z. B. vorgeschlagen, dass Wiederholer einer Jahrgangsstufe der Probezeit unterliegen sollten, wenn sie das Klassenziel wegen mangelnder Leistungsbereitschaft nicht erreicht haben. Außerdem sollten Schüler dann nicht zur Abschlussprüfung zugelassen werden, wenn ihre Jahresfortgangsnoten unterhalb eines bestimmten Minimalleistungsstandes liegen (z. B. dreimal die Note mangelhaft); ggf. müsste der Schüler zum Zwischenzeugnistern eine entsprechende Gefährdungsmittelteilung erhalten. Begrüßt wurde in diesem Zusammenhang, dass vom kommenden Schuljahr an die Zahl der versäumten Unterrichtstage im Zwischen- und Jahreszeugnis ausgewiesen werden soll.

Auf breite Zustimmung stieß der Vorschlag, zum Ausgleich von Vorbildungsdefiziten und zur zügigen Heranführung an die Lern- und Arbeitsweisen in der beruflichen Oberstufe flexible Angebote des Ergänzungsunterrichts zu schaffen. Angesichts der immer größer werdenden Vielfalt und Heterogenität der mittleren Schulabschlüsse und damit der Vorkenntnisse der Schüler in der beruflichen Oberstufe besteht hier ein unübersehbarer Bedarf. Freilich setzt die Einrichtung solcher Lerngruppen keine Änderung des Schulrechts voraus – dieser Vorschlag unterstreicht nur nochmals, wie dringend die Schulen darauf angewiesen sind, dass das Personalbudget ungekürzt zur Verfügung steht.

Abschließend standen Informationen zum VLB-Berufsbildungskongress in Passau auf der Tagesordnung. Im Rahmen des Arbeitskreises FOS/BOS wird es am 23.11.2002 um aktuelle Fragen der beruflichen Oberstufe gehen; als zuständiger Referent des Kultusministeriums hat MR Dr. Halbritter seine Teilnahme bereits zugesagt.

Hans Jörg Bosch

Studenten

Wochenendseminar für Studierende des Lehramtes an beruflichen Schulen:

Umsetzungswürdige Ideen

Am 4./5. Mai waren die Studentinnen und Studenten für das Lehramt an beruflichen Schulen wieder eingeladen, ihr Studium hinsichtlich der Qualität zu reflektieren. Veranstaltungsort war das Kloster Schweiklberg bei Vilshofen (Niederbayern).

Istzustand

Dr. Glöggler berichtete eingangs über aktuelle Informationen für den Bereich Lehrerbildung (LB) an der TU und im besonderen über die Neuerungen in der LPO I. So ist ein Betriebspraktikum mit der Dauer von acht Wochen vor dem Hauptstudium abzuleisten, die Betreuung im Schulpädagogischen Blockpraktikum (SBP) wird intensiviert sowie das verbindliche Abhalten von zwei selbständig ausgearbeiteten Unterrichtsstunden sind einige der Neuerungen in der LPO I. Weiter verändert sich die Gewichtung der Ausbildungsbereiche in der ab Wintersemester 2002/03 gültigen LPO I. So werden die Bereiche Pädagogik, Psychologie und Fachdidaktik mit mehr Wochenstunden, die Gesellschaftswissenschaften mit weniger versehen. Die Anzahl der angebotenen Praktikas in den einzelnen Fachrichtungen werden erhöht, die Kombinationsmöglichkeiten von Erst- und Zweifächern erweitert.

Generell wurden die Änderungen der neuen LPO I von den Studenten begrüßt. Einhellig war man der Meinung, dass der Trend zu einem Mehr an pädagogischen Anteilen der richtige Weg ist, um die Qualität der Ausbildung zu verbessern sowie die Attraktivität des Studiengangs zu steigern. Die Notwendigkeit derartiger Reformen zeigte VLB-Lehrerbildner Heiko Pohlmann auf, welcher über die Sondermaßnahmen und dem Modellversuch AQUA referierte.

Die anschließende Diskussion diente der Verdeutlichung der Problembereiche in der Ausbildung von Lehrkräften für berufliche Schulen. Dazu wurden Arbeitskreise für die Schwerpunkte Zweifach Sozialkunde, Schnittstellenproblematik Ludwig Maximilian Universität (LMU) - Technische Universität (TU), Qualitätsmanagement, Zweifach Informatik und Agrarwirtschaft gebildet. Zum Vergleich dienten die bereits im Studentenpodium 2001 in Hohenkammer erarbeiteten Ergebnisse mit dem Ist-Stand an der TU heute.

Workshopergebnisse

Workshopübergreifend wurden die folgenden zehn Punkte zur weiteren Verfolgung festgehalten:

I. Auswahl und Eignung: Bessere Auswahl der Lehramtskandidaten und Feststellung der Eignung durch frühzeitige Praktika.

II. Aktuellere Bildungsinhalte, neue Techniken und IT-Kenntnisse: Strukturen einer flexibleren Anpassung der Studieninhalte an aktuelle Gegebenheiten müssen geschaffen werden. Durch die enorme Bürokratie, die sich im jetzigen System durch Zusammenspiel von Universitätsverwaltung, und Ministerialbürokratie ergeben, hinkt die Ausbildung der Lehrkräfte immer um Jahre den Gegebenheiten hinterher, dies gilt es zu modernisieren.

III. Eigene LB-Veranstaltungen: Die Universitätsveranstaltungen müssen das Klientel im Auge behalten.

IV. Umsetzen von methodisch-didaktischen Erkenntnissen in Universitätsveranstaltungen: Die Effizienz der Lehrveranstaltungen könnte durch die Beachtung von unterrichtlichen Leitlinien wesentlich verbessert werden.

V. Praxisnähere Veranstaltungen in Erst- und Zweifach: Die Professionalität des Lehrers in seinem Fach muss sichergestellt werden. Deshalb müssen die Inhalte der Veranstaltungen auch zur Ausbildung passen.

VI. *Stärkung der Erziehungswissenschaften und praxisbezogenere Veranstaltungen:* Auch die Lehrkraft an beruflichen Schulen ist in erster Linie Pädagoge. Diesem Umstand muss in der Ausbildung Rechnung getragen werden. Pädagogisches Verhalten erfordert Erfahrung und kann deshalb nicht im „Labor“ erlernt werden, sondern benötigt immer die Anschauung in der Praxis.

VII. *Sonderpädagogische Elemente in die Lehrerbildung:* In Berufsschulen wird die Lehrkraft sehr häufig mit Problemgruppen konfrontiert. Sie sollte darauf vorbereitet sein.

VIII. *Fachdidaktik umgestalten:* Die Fachdidaktik ist das Schlüsselglied zwischen Erziehungswissenschaften, Fachwissenschaften und der Umsetzung des Erlernten. Ihr muss entsprechender Stellenwert eingeräumt werden. Bei der Auswahl des Fachdidaktikers sind besondere Maßstäbe anzulegen.

IX. *Das studienbegleitende Praktikum erweitern und umstrukturieren:* Viel mehr Veranstaltungen des Studiums sollten sich auf dieses Praktikum ausrichten. Durch entsprechende Vor- bzw. Nachbearbeitung der hier gewonnenen Erkenntnisse könnte in sämtliche erziehungswissenschaftlichen Veranstaltungen der richtige Praxisbezug eingebracht werden. Was eine starke Kopplung von Praktikumstelle (Schule) und Praktikumsamt (Universität) verlangt.

X. *Finanzielle Besserstellung:* Ein gewichtiger Attraktivitätsfaktor, der auch bei Pädagogen eine Rolle spielt. Wie die Einstellung von Ingenieuren in den Schuldienst verdeutlicht, zeichnet sich das Referendarsgehalt als fragwürdig und nicht nachwuchsfördernd für den Lehrerberuf aus.

Umsetzung

Als ersten Schritt der Umsetzung der erstellten Konzepte sind Gespräche mit Prof. Schelten und Dr. Glöggler sowie dem Fachdidakten für Informatik Dr. Hubwieser angedacht. Ein ausgereiftes Erstsemesterinfo im Bezug auf Vorlesungen, Ablauf usw. wird von der Fachschaft ausgearbeitet. Ebenso wird man



Heiko Pohlmann, VLB-Lehrerbildung, (links) und Dr. Karl Glöggler, Praktikumsamt, im Gespräch mit den Studenten.

sich um eine verbesserten Hilfestellung bezüglich der Examensvorbereitung bemühen. Als Mittel der Rückführung von Verbesserungspotential ist eine Evaluierung angedacht, welche von der Universität abzuhalten ist.

Der Sonntag diente neben einem ökumenischem Gottesdienst im Kloster der Qualitätssteigerung hinsichtlich der Attraktivität des Studienganges LB. Hierbei wurde die Imageverbesserung des Lehramtes für berufliche Schulen als unabdingbar angesehen. Ein alljährliches Forum für berufliche Schulen an der Universität, die verstärkte Mund zu Mund Propaganda durch Lehrkräfte aber auch die Kooperation mit Studienberatungen der Arbeitsämter und Universität wären mögliche Maßnahmen zur Verwirklichung der gesteckten Ziele. Daneben natürlich auch professionelle Werbeaktionen mit ansprechenden Flyern und Infobroschüren, welche zielgruppenorientiert angewandt werden.

Die Umsetzung all dieser Erkenntnisse erfordern längerfristig die Zusammenarbeit aller Beteiligten, um die Forderungen dem ständigen Fortschritt anpassen zu können. So ist die permanente Abstimmung von Studium, Referendariat und Schule als Metaziel anzugehen.

Neuwahl

Als letzter Tagungspunkt wurde am Sonntag die Neuwahl des Studentensprechers im VLB durchgeführt. Stefan Weinzierl wurde dabei mehrheitlich von den versammelten Studenten gewählt. Wir wünschen ihm in seinem neuen Amt alles Gute und die dafür nötige Energie. Christian Schober, der sich nicht mehr zu Kandidatur stellte, verabschiedete sich und dankte den Teilnehmern für die aktive Zusammenarbeit während seiner Amtszeit. Ein besonderer Dank galt auch der Fachschaft LB. Dem bis dahin amtierenden Studentensprecher dankte man für die kooperative und hohe informative Arbeit.

Dem VLB dankten alle Teilnehmer, da nur durch seine finanzielle Unterstützung ein derartiges Studentenpodium realisierbar ist. Die teilnehmenden Studenten betrachteten die Durchführung des Studentenpodiums 2002 als effizient und effektiv. Wobei der Veranstaltungsort für den nötigen harmonischen Rahmen sorgte. Daher wurde der Wunsch einer Fortführung des Studentenpodiums im Jahr 2003 geäußert, zu dem der Vorsitzende des VLB mit Freuden erwartet wird.

Christian Schober

Senioren

Einschränkung der Altersteilzeit – Staatsregierung rudert – aus taktischen Gründen?! – zurück.

Verlautbarungen besonders von Staatsministerin Stewens und Finanzminister Prof. Dr. Falthausen

hatten die Einschränkung oder gar Abschaffung der Altersteilzeit (insbesondere des Blockmodells) in absehbarer Zeit befürchten lassen. (Vgl. auch: Schulter, Panikmache – Anmerkung – in VLB-akzente 03-04/02). Einige Ressorts hatten daraufhin die Bearbeitung entspre-

chender Anträge für das Blockmodell zurückgestellt.

Der BBB hatte energisch interveniert – offensichtlich mit Erfolg: Im Landtagsausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes – Sitzung am 23.04.2002 – hat das Finanzministerium klargestellt, dass vorliegende Anträge von Berechtigten von allen Ressorts etwa drei bis sechs Monate vor Beginn der Ansparphase zu verabschieden sind. Anders lautende Schreiben hätten keine Gültigkeit – es gab sie also!! – Einzige Ausnahme seien Anträge, wonach z. B. erst in zwei Jahren die Ansparphase beginnen soll. Mögliche Änderungen der Sachlage ließen eine Verbescheidung heute nicht zu.

Im übrigen hätten sich die Äußerungen von Staatsministerin Stevens zur Abschaffung der Altersteilzeit nur auf den Bund bezogen und Staatsminister Falthäuser habe seinerzeit bei seiner Forderung einer Korrektur nur die Probleme genannt, jedoch keine Vorstellungen geäußert.

Als dauerhafte Entwarnung sollte man die „Klarstellung“ nicht werten. Vielmehr dürfte die Überlegung eine Rolle spielen, dass man vor den kommenden Wahlen keinen neuen Unruheherd gebrauchen kann. Und sehr wesentlich: Die Legislative – der Landtag – ist durch wiederholte Versuche der Exekutive – Regierung, Ministerien, vor allem des Finanzministeriums – Recht zu setzen, sensibilisiert und reagiert konsequent gegen solche Anmaßungen! Das Finanzministerium hatte allen Grund, schnellstens „zurückzrudern“.

Aber Probleme bleiben: Der Oberste Rechnungshof hat im Jahresbericht 2001 gewarnt, dass durch die Altersteilzeit auf längere Sicht entgegen der Ankündigung der Staatsregierung erhebliche Mehrkosten verursacht werden. Und, es wird in den kommenden Jahren zu erheblichen Kapazitätsengpässen kommen: im Lehrerbereich nehmen zur Zeit 33,60 % (höherer Dienst) bzw. 40,68 % (gehobener Dienst) der Anspruchsberechtigten Altersteilzeit in Anspruch; etwa 3/4 bevorzugen das Blockmodell. Etwa

83 % (Durchschnitt aller Beamten) befinden sich in der Ansparphase, nur rund 17 % in der Freistellungsphase. Mit dem Hinüberwechseln von der Anspar- in die Freistellungsphase in den nächsten Jahren wird der Lehrermangel im ohnehin gebeutelten Bereich der beruflichen Schulen noch prekärer werden.

Letzte Meldung dazu

Wie zu befürchten war, hat das Kabinett in seiner Sitzung am 30.07.2002 beschlossen, die Alterszeit auch nach dem 31. Juli 2002 bei der Altersvoraussetzung von 58 Jahren festzuschreiben.

Eine Übergangsregelung für die Fälle, die bis zum Inkrafttreten des Haushaltsgesetzes die Voraussetzungen des derzeit noch geltenden Gesetzes erfüllen, ist nicht vorgesehen.

Personalien

Dr. Walter G. Demmel: 30 Jahre im Dienste der Lehrerbildung an der TU München

„Die Bildung des Individuums wird nur durch jene Kulturgüter ermöglicht, deren geistige Struktur ganz oder teilweise der Struktur der jeweiligen Entwicklungsstufe der individuellen Lebensform adäquat ist.“ Dieses Zitat Kerschensteiners soll Ausgangspunkt für einen Rückblick auf das Leben und Wirken von Walter Demmel in der Lehrerbildung darstellen.

Der berühmte Münchner Pädagoge, ist ihm zum einen Vorbild gewesen, wenn es um seine Bemühungen um die Lehrerausbildung für berufliche Schulen, zum anderen aber auch Gegenstand einer kritischen Betrachtung, wenn es ihm um die wissenschaftliche Aufarbeitung der Kerschensteinerschen Schulpolitik ging. Sicherlich begleiteten die Gedanken Kerschensteiners Walter Demmel durch seinen beruflichen Werde-



Langjährige Weggefährten beim Gedankenaustausch: Dr. Walter Demmel (links) und Prof. Andreas Schelten.

gang im Dienste der Lehrerbildung, den er 1957 nach einer humanistischen Schulbildung bei den Benediktinern in Metten mit dem Studium der Fachrichtung Metallgewerbe am Berufspädagogischen Institut in München begann.

Der weitere berufliche Werdegang belegt, dass Kerschensteiner einst recht hatte: die Entwicklung des Individuums muss der Entwicklungsstufe der eigenen Lebensform adäquat sein. Neben der vielen Technik entwickelte Walter Demmel verstärkt Interessen für die Geisteswissenschaften. Konsequenterweise widmete er sich deshalb neben der Lehrerausbildung zunächst dem Studium der Geschichte, Pädagogik, Psychologie und später dem Studium der Politischen Wissenschaft an der LMU und der Hochschule für Politik. Hier dürfte er wohl Prof. Rudolf Schuster begegnet sein, der ihn dann im Jahre 1972 an den Lehrstuhl für Politische Wissenschaft der TU München holte, um zunächst im Vorfeld einer wissenschaftlichen Fachdidaktik als Lehrer zukünftige Lehrer zu unterrichten. Neben der Lehre betätigte er sich sowohl wissenschaftlich und schrieb über die „Feiertags- und Fortbildungsschule“ seine Dissertation als auch bildungspolitisch und setzte sich für die Etablierung einer Fachdidaktik in der universitären Phase der Lehrerausbildung ein.

Mit Erfahrungen aus der Schulpraxis gerüstet, ist es Walter Demmel gelungen, den Studienbereich Fachdidaktik Sozialkunde und Zeitgeschichte für das berufliche Schulwesen am Lehrstuhl für Politische

Wissenschaft der TU München aufzubauen und auszugestalten.

Ab 1987 übernahm er die Leitung des Praktikumsamtes für schulische und berufliche Praktika.

Die Arbeit im Praktikumsamt war zum einen durch intensive Kontakte zur Schulpraxis und ausgiebiger Studienberatung geprägt, zum anderen rückten seine hochschulpolitischen Bemühungen um die Weiterentwicklung und Anpassung der Lehrerbildung an die technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen immer mehr ins Zentrum seiner Aktivitäten. Mit zunehmender Unterstützung durch die Hochschulleitung gelang es Walter Demmel in den letzten Jahren seiner Dienstzeit, noch einige wegweisende Signale in der Lehrerbildung zu setzen. Zusammen mit Prof. Schelten konzipierte er das Erweiterungsstudium „Diplom-Berufspädagogik“. Und nicht zuletzt ist Walter Demmel auf Betreiben des Präsidenten der TUM, Prof. Dr. Dr. hc. mult. Herrmann, und mit Unterstützung durch den Vorsitzenden des VLB, Hermann Sauerwein, für die Einrichtung und Organisation des neuen Studiengangs „Gesundheits- und Pflegewissenschaft“ an der TUM verantwortlich, mit dem die TUM zum WS 1999/2000 beginnen konnte.

Mit all den Neuerungen in der Lehrerausbildung verbunden, nahm auch die Beratungstätigkeit zu, die Dr. Demmel stets unermüdlich im Interesse der Studierenden durchführte.

Gegen Ende seiner Laufbahn setzte die Hochschulleitung mit der Gründung des Hochschulreferats für Lehrerbildung, dessen Leitung Dr. Demmel übernahm, ein deutliches Zeichen, dass nunmehr die Lehrerbildung einen verstärkten Stellenwert in der Hochschulpolitik einnimmt. Nicht zuletzt über die Verbindung Walter Demmels zum VLB ist es auch der Hochschulleitung gelungen, direkt in Kontakt mit der Verbandsspitze zu treten, was für die gemeinsame Arbeit an der Weiterentwicklung der Lehrerausbildung in Bayern sehr fruchtbar ist.

Walter Demmels Tätigkeit umfasst die Zeitspanne einer ganzen

Generation, in der er mit großem Eifer und politischem Gespür der Sache „Lehrerbildung“ seinen persönlichen Stempel aufgedrückt hat.

Vor 30 Jahren, als Walter Demmel seine Tätigkeit an der TUM aufnahm, prägte die Lothstraße in diesen Aufbruchjahren ein spezieller Geist, der nicht zuletzt auf unseren Mentor und väterliches Urgestein Prof. Rudolf Schuster zurückzuführen ist. Dass er für uns und für die Studierenden auch ein soziales Klima geschaffen hat, hat wohl die Verbundenheit zwischen Studenten und Mitarbeitern in der Lothstraße nachhaltig geprägt. Sicherlich ist es diese Grundeinstellung, die trotz der in vielfacher Hinsicht über die Jahrzehnte veränderten Aufgaben, auch die Auffassung Walter Demmels von Lehrerbildung geprägt und die er stets im Sinne Kerschenssteiners Leitspruch „Die Berufsbildung steht an der Pforte zur Menschenbildung“ ausgefüllt hat.

Hannemor Keidel

Wir gratulieren im Oktober ... zum 90. Geburtstag

Steindl, Alois, 25.10.
90411 Nürnberg, KV Nürnberg

... zum 80. Geburtstag

Rösch, Rudolf, 02.10.
93186 Pettendorf, KV Regensburg

Schmidt, Lorenz, 16.10.
82319 Starnberg, KV München

Weis, Johann, 21.10.
92637 Weiden, KV Opf.-Nord

... zum 75. Geburtstag

Fröhlich, Ivo, 01.10.
91217 Hersbruck, KV Mfr.-Nord

Jobst, Helmut, 12.10.
93049 Regensburg, KV Regensburg

Becker, Herbert, 18.10.
82467 Garmisch-Partenk. KV Obb.-Südwest

Dr. Gebhard, Erich, 18.10.
83104 Beyharting, KV Rosenheim-Miesb.

Förster, Helfried, 24.10.
96317 Kronach, KV Ofr.-Nordwest

... zum 70. Geburtstag

Kreiller, Josef, 09.10.
94439 Roßbach, KV Ndb.-Ost

Klöpf, Gottlieb, 13.10.
87509 Immenstadt, KV Allgäu

Beyer, Margrit, 18.10.
95032 Hof, KV Ofr.-Nordost

Rappel, Hans, 28.10.
86551 Aichach, KV Nordschwaben

... zum 65. Geburtstag

Vogel, Roland, 14.10.
97505 Geldersheim, KV Main-Rhön

Mignon, Reinhilde, 16.10.
92237 Sulzbach-Rosenberg, KV Amberg-Sulzbach

Gradl, Georg, 18.10.
96047 Bamberg, KV Bamberg-Forchh.

Haider, Franziska, 23.10.
93453 Neukirchen, KV Cham

Karsten, Erhard, 23.10.
92318 Neumarkt, KV Neumarkt

Kühn, Gerhard, 24.10.
93444 Kötzing, KV Cham

Joppien, Eckhard, 26.10.
90763 Fürth, KV Mfr.-Nord

... zum 60. Geburtstag

Messelhäußer, Gerd, 14.10.
90409 Nürnberg, KV Mfr.-Nord

Dr. Wolz, Dieter, 18.10.
90471 Nürnberg, KV Nürnberg

Brunner, Renate, 19.10.
86356 Neusäß, KV Nordschwaben

Schmidt, Bernhard, 20.10.
97525 Schwebheim, KV Main-Rhön

Naubert, Peter, 21.10.
87474 Buchenberg, KV Allgäu

Sachs, Anneliese, 21.10.
82362 Weilheim, KV Obb.-Südwest

Sorgenfrei, Reingard, 23.10.
82131 Stockdorf, BV München

Krebs, Manfred, 25.10.
91088 Bubenreuth, KV Mfr.-Nord

Lang, Herbert, 25.10.
91088 Bubenreuth, KV Mfr.-Nord

Wimmer, Herbert, 25.10.
91522 Ansbach, KV Mfr.-Süd

Siebert, Helmut, 26.10.
94034 Passau, KV Ndb.-Ost

Fasbender, Anneliese, 27.10.
85368 Moosburg, KV Obb.-Nordwest

Schultz, Manfred, 29.10.
92353 Postbauer-Heng, KV Ndb.-Ost

In den Ruhestand sind gegangen ...

Bayer, Alfred, KV Mfr.-Süd

Huber, Gisela, KV Landshut

Kröner, Josef, KV Ofr.-Nordost

Mahr, Herbert, KV Ofr.-Nordwest

Pfund, Hans-Günther, KV Nürnberg

Steinmetz, Manfred, KV Mfr.-Süd

Walter, Ursula, KV Augsburg

Waßner, Hans-Peter, KV Mfr.-Süd

Wir trauern um ...

Dr. Dorn, Bruno, KV Unterman (80)

Walther, Hermann, KV Würzburg (85)

Termine

Deutscher Lehrerbildungs- kongress

Lehrerbildung für berufliche Schulen zwischen Qualität und Quantität

Termin: 29. November 2002
10.00 Uhr bis 17.00 Uhr

Ort: Wissenschaftszentrum;
53175 Bonn, Ahrstraße 45

Anmeldung und nähere Informationen:

Bundesverband der
Lehrerinnen und Lehrer an berufli-
chen Schulen e.V.
Friedrichstraße 169/170;
10117 Berlin
Fax: (0 30) 40 81-66 51

Für Sie persönlich

Das DBB-Vorsorgewerk für Beamte ist gestartet

Mehr Qualität zu geringerem Preis – das verspricht der Deutsche Beamtenbund (DBB) seinen 1,2 Mio. Mitgliedern mit seinem eigenen DBB-Vorsorgewerk, das am 1. Juli seine Arbeit aufgenommen hat.

Hintergrund ist, dass auch im öffentlichen Dienst die Altersbezüge gekürzt werden: Bei Beamten sinkt die Pension langfristig von 75 auf 71,75 Prozent der letzten Bezüge, bei Arbeitern und Angestellten fällt die Zusatzversorgung niedriger als bisher aus. Im Gegenzug kommt auch der öffentliche Dienst in den

Wir optimieren Ihre Versicherungen



Unabhängiger Versicherungsmakler



Kompetenz und Erfahrung

Versicherungs Kontor

Inh.: Elke Wiedmann

Am Schenkenfeld 17 b
97209 Veitshöchheim

Tel.: 0931 / 92353 - Mob: 0172 / 6612918 - FAX: 0931 / 960419

z.B. errechnen wir Ihre Riester-Rente

Kooperationen u.a. mit

- **DBV-Winterthur** (Partner des VLB)
- **dbb Vorsorgewerk**
(für die Mitglieder des dbb und Ihren Angehörigen)
- **BSA Versorgungswerk**
(Berufs- u. Sozialwerk für Angehörige des öffentlichen Dienstes)

Genuss der Riester-Förderung. Dazu hat der DBB ein Vorsorgewerk gegründet, das ähnlich arbeitet wie etwa die Metallrente in der Metallindustrie. Allerdings sollen die Tarife noch günstiger sein. Beitreten können nur DBB-Mitglieder. Verwaltet wird das Vorsorgewerk von vier Finanzdienstleistern unter Führung der DBV-Winterthur. Die Vertriebskoordination hat das BHW. Beteiligt sind auch die Victoria Lebensversi-

cherung und die Bayerische Beamtenversicherung.

Es gibt spezielle Tarife: So wird ein Tarif mit ermäßigtem Anfangsbeitrag für Dienstanfänger angeboten oder ein maßgeschneiderter Risikoschutz bei Dienstunfähigkeit etwa für Polizisten.

Eine Beispielrechnung des DBB-Vorsorgewerks für einen Oberinspektor in Besoldungsstufe A10, verheiratet, 30 Jahre alt und einer Ehefrau mit 19.500 Euro eigenem Einkommen: Er hat monatliche Bezüge von 2.420 Euro brutto oder 2.173 Euro netto. Die drohende Versorgungslücke im Alter durch die

Absenkung der Pension beträgt netto 71 Euro. Jährlich muss er zu Beginn 217 Euro selbst tragen. Hinzu kommen 102 Euro staatliche Zulage und Steuerersparnis. Dies steigt innerhalb von acht Jahren auf das Vierfache. Dafür winkt mit 65 Jahren eine garantierte Rente von 345 Euro im Monat. Einschließlich der Überschussbeteiligung könnten es sogar 702 Euro sein.

Wir werden Sie weiterhin auf dem Laufenden halten.

Für Vertragsabschlüsse ist bis Dezember 2002, um die diesjährige Förderung noch zu erhalten.

Helmut Lang

Ein Anliegen an alle Verbandsmitglieder:

Unterstützen Sie bitte unsere Mitgliederverwaltung, indem Sie uns

Anschriftenänderungen, Ernennungen, Abordnungen, Versetzungen, Beurlaubung, Änderung der UPZ bei Teilzeit und dergleichen, sowie die Änderung Ihrer Bankverbindungsmöglichst unverzüglich melden.

Sie erleichtern uns damit in hohem Maße die Arbeit.

Mit herzlichem Dank
Ihre VLB-Geschäftsstelle

Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern (VLB) e.V.
Dachauer Straße 4
80335 München
Telefon 089 / 59 52 70
Fax 089 / 5 50 44 43
E-Mail: info@vlb-bayern.de

Autorenverzeichnis:

Bäumler, Michael	Am Kohlbuch 24, 92723 Tannesberg, Tel.: (0 96 55) 91 34 31
Bosch, Hans-Jörg	VLB - Referent FOS/BOS, Willibald-Pirckheimer-Str. 17, 90562 Heroldsberg, Tel.: (09 11) 7 43 19 42
Botzlar, Heinz-Jürgen	WS, Neuburger Str. 96, 94032 Passau, Tel.: (08 51) 99 81 70
Hiener, Genoveva; Müller, Markus; Riedl, Alfred	ISB, Arabellastr. 1, 81925 München, Tel.: (0 89) 92 14 - 22 12 TUM, Lothstr. 17 80335 München, Tel.: (0 89) 28 92 43 55
Hofgärtner, Margit	computer-easy, 80336 München, Tel.: (0 89) 7 46 42-3 43
Keidel, Dr. Hannemor	Technische Universität, Arcisstr. 21, 80333 München, Tel.: (089) 2 89 25 59
Lang, Helmut	Oberer Geisberg 18, 97234 Reichenberg, Tel.: (09 31) 66 17 29
Leischner, Dietmar	Robert-Koch-Str.10, 85521 Ottobrunn, Tel.: (0 89) 6 08 36 10
Liebel Alexander	VLB-Referent für schul- und bildungspolitische Fragen Itzehoher Str. 13, 90425 Nürnberg, Tel.: (09 11) 34 73 33
Münch, Johannes	VLB-Webmaster, Rotspitzweg 16, 86931 Stadbergen-Deuringen, Tel.: (08 21) 24 30 23
Schober Christian	Kapuzinerstr. 8, 80337 München, Tel.: (0 89) 74 66 55 66
Schulter, Berthold	VLB-Seniorenbeauftragter
Weiser, Ernst	Weitlstr. 66, 80935 München, Tel.: (0 89) 38 58 40 84 BS II, Am Fernsehturm 3, 94032 Passau, Tel.: (08 51) 95 91-4 00

VLB Verlag e.V.,
 Dachauer Straße 4,
 80335 München
B 05130, PVSt,
 Deutsche Post AG,
 Entgelt bezahlt

Bildungsgefälle in Deutschland

Die innerdeutschen PISA-Ergebnisse:

Durchschnittliche
 Leistungen der 15-Jährigen
 in Punkten



Lesekompetenz (alle Schulformen)*	
Bayern	510
Baden-Württemberg	500
Sachsen	491
Rheinland-Pfalz	486
Saarland	484
<i>Durchschnitt</i>	<i>484</i>
Nordrhein-Westfalen	482
Thüringen	482
Schleswig-Holstein	478
Hessen	476
Niedersachsen	474
Mecklenburg-Vorpommern	467
Brandenburg	459
Sachsen-Anhalt	455
Bremen	448

Mathematik (alle Schulformen)*	
Bayern	516
Baden-Württemberg	512
Sachsen	501
Thüringen	493
Schleswig-Holstein	490
<i>Durchschnitt</i>	<i>490</i>
Rheinland-Pfalz	488
Saarland	487
Hessen	486
Mecklenburg-Vorpommern	484
Nordrhein-Westfalen	480
Niedersachsen	478
Sachsen-Anhalt	477
Brandenburg	472
Bremen	452

Naturwissenschaften (alle Schulformen)*	
Bayern	508
Baden-Württemberg	505
Sachsen	499
Thüringen	495
Rheinland-Pfalz	489
<i>Durchschnitt</i>	<i>487</i>
Schleswig-Holstein	486
Saarland	485
Hessen	481
Mecklenburg-Vorpommern	478
Nordrhein-Westfalen	478
Niedersachsen	476
Sachsen-Anhalt	471
Brandenburg	470
Bremen	461

Lesekompetenz (Gymnasien)	
Bayern	593
Niedersachsen	584
Schleswig-Holstein	584
Baden-Württemberg	582
Rheinland-Pfalz	582
Sachsen	582
Nordrhein-Westfalen	581
<i>Durchschnitt</i>	<i>572</i>
Thüringen	571
Saarland	570
Berlin	568
Hessen	568
Mecklenburg-Vorpommern	566
Hamburg	563
Sachsen-Anhalt	553
Brandenburg	552
Bremen	547

Mathematik (Gymnasien)	
Bayern	599
Schleswig-Holstein	590
Mecklenburg-Vorpommern	577
Baden-Württemberg	576
Sachsen	576
Niedersachsen	575
Thüringen	574
Saarland	572
Rheinland-Pfalz	570
<i>Durchschnitt</i>	<i>570</i>
Hessen	568
Nordrhein-Westfalen	567
Berlin	565
Sachsen-Anhalt	561
Hamburg	552
Brandenburg	550
Bremen	547

Naturwissenschaften (Gymnasien)	
Schleswig-Holstein	595
Baden-Württemberg	588
Bayern	587
Sachsen	582
Niedersachsen	579
Thüringen	579
Mecklenburg-Vorpommern	577
Berlin	574
Rheinland-Pfalz	573
Saarland	572
<i>Durchschnitt</i>	<i>572</i>
Nordrhein-Westfalen	569
Hessen	561
Hamburg	559
Brandenburg	554
Bremen	551
Sachsen-Anhalt	551

Lesekompetenz:
 Niveau 5 (über 625 Punkte = höchstes Niveau)
 Niveau 4 (553 bis 625 Punkte)
 Niveau 3 (481 bis 552 Punkte)
 Niveau 2 (408 bis 480 Punkte)
 Niveau 1 (335 bis 407 Punkte =
 oberflächliches Verständnis einfacher Texte)

Mathematische Grundbildung:
 Niveau 5 (über 696 Punkte = höchstes Niveau)
 Niveau 4 (604 bis 695 Punkte)
 Niveau 3 (512 bis 603 Punkte)
 Niveau 2 (421 bis 511 Punkte)
 Niveau 1 (329 bis 420 Punkte =
 Rechnen auf Grundschulniveau)

Naturwissenschaftliche Grundbildung:
 Niveau 5 (über 660 Punkte = höchstes Niveau)
 Niveau 4 (553 bis 660 Punkte)
 Niveau 3 (497 bis 552 Punkte)
 Niveau 2 (421 bis 496 Punkte)
 Niveau 1 (unter 421 Punkte = Schüler können
 einfaches Faktenwissen wiedergeben)

*Keine Angaben für Hamburg und Berlin wegen zu geringer Teilnehmerzahl

Quelle: PISA 2000

© Globus

